

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonetzelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Der Triumph der Maiseier.

Der Verlauf der diesjährigen Maiseier war ein Triumph des Maiseiergedankens. Die eingegangenen Berichte aus dem Deutschen Reich bekunden einhellig, daß niemals noch die Beteiligung eine annähernd gleichstarke war, wie in diesem Jahre! Nicht nur die Veranstaltungen am Nachmittag und Abend waren ungeheuer stark besucht, sondern vor allen Dingen auch die den Kern der Maiseier bildenden Vormittagsversammlungen, in denen das feiernde Proletariat zur Ablegung des dreifachen Maiseiergelübdes: Achtstundentag, Völkerrfrieden und freies Wahlrecht! in Massen zusammenströmte. Das erhebende Bild, das die feiernde Reichshauptstadt bot, kehrte in allen Landesresidenzen, in allen größeren und selbst zahlreichen kleineren Städten wieder! Unabsehbare Kolonnen festlich gekleideter und gestimmter Arbeiter zogen schon am frühen Vormittag zu ernster Kundgebung, und abends stauten sich die schwarzen Menschentöwen in unabsehbarer Zahl in und vor den Festlokalen — oft in drangvoll fürchterlicher Enge, aber doch in stolzgehaltener Festesfreude, ein einzig Volk von Brüdern!

Der Vormarsch der Maiseier ist nun nicht mehr aufzuhalten! Die Massen des arbeitenden Volkes selbst haben diesmal durch eine Urabstimmung der überzeugendsten Art bekundet, daß sie sich ihren Festtag nicht nehmen lassen, daß sie ihn zum Gemeingut des gesamten Proletariats machen wollen! Die deutsche Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie

ihren Feiertag in Ehren hält, daß sie sich in der Erfüllung der internationalen Pflichten von keiner anderen Nation über-treffen läßt!

Die deutsche Maiseier stand diesmal unter dem Zeichen des Wahlrechtskampfes. Und daß die Arbeitsruhe diesmal einen so gewaltigen Umfang angenommen hat, sollte der Reaktion ein Beweis dafür sein, von welcher Empörung das Proletariat gegen die schmachvolle Wahllösung erfüllt ist! Aber durch diese Demonstration hat sich der Wahlrechtskampf nicht erschöpft: im Gegenteil, der Kampf gegen die Wahlrechtsweigerung wird nun erst recht entbrennen! Und wie sich das Proletariat das Recht erobert, an einem selbstgeschaffenen Feiertage das Arbeitsgerät ruhen zu lassen, so wird es sich auch seine politischen Rechte erobern, trotz allen Widerstandes des privilegierten Geldackkungs!

Aber nicht nur in Deutschland war diesmal die Maiseier eine so imposante. Auch die Genossen in Oesterreich-Ungarn haben eine neue glänzende Probe ihrer bewährten Kampfesenergie abgelegt. Die Wiener Arbeiter, die sich ja schon längst durch ihre Maidemonstrationen die Bewunderung der proletarischen Welt errungen haben, sind in diesem Jahre noch zahlreicher angetreten als je zuvor. War doch auch ihre Maiseier in erster Linie eine Wahlrechtsdemonstration. Galt es doch, durch eine ernste Warnung in letzter Stunde der schwankenden

Regierung den Nacken zu steifen, damit sie nicht ihre Wahlrechtspläne vor den Wählereien des Großgrundbesitzes fallen ließ. Und es scheint, als ob die Regierung denn doch noch den Ernst der Situation begriffen habe und die Wahlreform durchzuführen entschlossen sei.

Auch in Frankreich, speziell in Paris, ist die Maiseier in bisher gänzlich unbekanntem Umfang begangen worden. Die Arbeitsruhe der Hauptstadt war eine allgemeine, das proletarische Paris machte nach dem Zeugnis auch bürgerlicher Korrespondenten einen durchaus festlichen Eindruck. Das bürgerliche Paris war dafür in ein Heerlager verwandelt, da die Regierung kolossale militärische Vorbereitungen getroffen hatte. So hat denn auch das Proletariat der kapitalistischen Republik seinen 21. Januar erlebt! Bei der besonnenen Haltung des Proletariats ist es zu ernstlichen Zusammenstößen nicht gekommen.

So zeigt die Maiseier 1906 überall das Bild kräftigen Vorwärtsdrängens. Ein frischer Luftstrom ist, von Rußland herüberwehend, in die europäische Stidluft hereingedrungen. Energisches Wollen und frohes Hoffen schwellt allüberall die Herzen des Proletariats! Verschieden in seinen Kampfmitteln, aber gleich in seiner Tatkraft, seinem Opfermut, seiner Kampfboeigerung, ringt in allen Landen das Proletariat mit den Mächten der Reaktion!

# Nieder mit der Klassenherrschaft und der Massenentrechtung! Hoch der Völkermait, die sozialistische Menschheitserlösung!

## Die Maiseier in Berlin.

Sonst sieht jeder erwachende Morgen in den proletarischen Vierteln Berlins Scharen von Männern und Frauen, die eilenden Schrittes ihren Arbeitsstätten zustreben, um ihr schweres Tagewerk in kapitalistischer Fron zu beginnen. Als aber der erste Morgenheiter und sonnig herausstrich, lag über den Arbeitervierteln die Ruhe des Feiertages.

Keine hastenden Arbeiterscharen bevölkerten die Straßen, kein Werklärm drang aus Fabriken und Werkstätten. — Erst einige Stunden später wie sonst wurde es auf den Straßen lebendig. Aber das war nicht das Treiben des Arbeitstages. Festlich gekleidete Arbeiter traten aus den Türen grauer Mietshäuser, aber nicht, um eilenden Schrittes die Fabrik oder Werkstatt aufzusuchen. In festlicher Stimmung leuchteten die Gesichter. Zubersticht und Selbstbewußtsein spricht aus den Mienen. So schreiten sie, erhobenen Hauptes und für diesen Tag sich selbst befreiend von der erdrückenden Last der kapitalistischen Fronarbeit in den sonnigen Tag. — Arbeitsbrüder begrüßen sich und setzen den Weg gemeinsam fort, der sie alle zu dem gleichen Ziele führt: Einem Lokal, wo das Fest der Arbeit gefeiert, wo die Maidemonstration begangen wird.

Unter der Arbeiterschaft herrschte eine **Feiertagsstimmung**, die ansteckend wirkte, wo immer ein gutes Beispiel gegeben wurde. Hell ließ die liebe Sonne die vielen großen Neubauten hervortreten, wo nirgends eine Hand sich regte. Während auf dem Tempelhofer Felde Infanterie, Kavallerie und Artillerie operierten, tauschten die Arbeiter internationale Grüße aus und feierten den Völkerrfrieden in ihren Demonstrationsversammlungen. Es war der Ehrentag der Arbeit, und wer da nicht mifeiern wollte, der galt nicht als vollwertig unter den Genossen. Überall war die Parole ausgegeben worden: Laßt die Arbeit ruhen am 1. Mai, und mancher wurde mitgerissen und ließ sich wohl gern mitfeiern, wenn er auch noch etwas unentschlossen war. Freilich, in mancher Fabrik lönte die Pfeife wie gewöhnlich, die Sklaven traten an zum harten Frondienst, und sie mußten sich gefallen lassen, daß sie von den feiernden Mitgenossen mit geringschätzigen Blicken betrachtet wurden. Das prächtige Wetter ludte mit, die dumpfe Werkstatt zu verlassen, und machte die Menge froh und heiter, die Mann, Weib und Kind sonntäglich gepulst, am Nachmittage zu den Maiseiern der Partei zog. Allgemeinen regen Anteil nahm auch die **Arbeiterschaft der Vororte** an der Maiseier. Als sich am Mittag die Versammlungslöale leerten, da merkte man es überall, wie diese Arbeiter feierten. Besonders starker Andrang herrschte im „Vollshause“ zu Charlottenburg und in den Rixdorfer Lokalen. Aber auch die Lokale anderer Vororte waren überfüllt. In Sonntagkleidern er-

schienen die Arbeiter in Massen, um ihren Feiertag festlich zu begehen und mit Ernst und Nachdruck ihre Forderungen geltend zu machen. Für den Achtstundentag, für internationale Verbündung, für ein freies Wahlrecht! — Sehr beliebt waren kleine rote Abzeichen, Bändchen, Rosetten, die stolz getragen wurden; gern sah man rote Fahnen wehen an den Versammlungsorten. Auch in den Vororten machte es einen sehr guten Eindruck, daß die Neubauten, die auch dort sehr zahlreich sind, still und friedlich wie am Sonntag dalagen. Mochte auch an einigen Bauten eine arbeitende Hand sich regen, so geschah es verächtlich und verächtet, und der „Arbeitswille“ wogte nicht offen und frei dem Blick des feiernden Arbeiters zu begegnen.

Die Polizei hatte natürlich wie immer ihre ebenso umfangreichen wie überflüssigen Vorbereitungen getroffen. Sie wollte auf den Vorbeeren vom 21. Januar nicht andrücken. Auf der Schlossinsel war ein

### wachhaft riesiges Polizeiaufgebot

zusammengezogen worden. Das Viertel machte einfach den Eindruck, als wäre es in den Belagerungszustand versetzt worden. Dichte Schutzmansketten besetzten in weitem Umkreise die Zugänge der Spandauer- und Heiligengeiststraße an der Kaiser Wilhelmstraße, sowie der Burg- und Neuen Friedrichstraße nebst der Friedrichs- und Kaiser Wilhelmbrücke. Droschken und Omnibusse wurden zwar durchgelassen, im übrigen durften nur die „Herren der Börse“ passieren, die ihren dem Versammlungslokal gegenüberliegenden Geschäftspalast besuchen wollten. In der Börse selbst war eine starke „liegende Wache“ einquartiert, um im Bedarfsfalle sofort zur Stelle zu sein. Die weise Vorsicht der Polizeibehörde ging aber sogar soweit, daß sie in dem alten mittelalterlichen Teil des kaiserlichen Schlosses außer einer Extrakolonne von Fußpolizisten noch mehrere bereits reitender Schnylente stationiert hatte. Einer dieser abgelesenen Reiter stand auf einem erhöhten Mauervorsprung Posten, den Blick unverwandt auf eine an der Wilhelmbrücke stehende Gruppe von Polizeioffizieren aller Grade gerichtet, jedes Winkes von dort gewärtig. Gegen Ende der Metallarbeiterversammlung im „Zeepalast“ machte sich im Hauptquartier der Polizeioffiziere eine auffallend nervöse Unruhe bemerkbar. Ordonanzen zu Rablanten und gingen mit Meldungen. Der Polizeipräsident in Begleitung des Polizeioberst Krause erschien in höchst eigener Person auf dem Plan. Andere Polizeioffiziere, schneidig gestieft und gepornt, kam eiligen Schrittes vor die Schloßtüre und redeten den Hals nach dem „Zeepalast“, aus dem jetzt gerade der Strom der Versammlungsbesucher herauszufluten begann. Ob die Herren wirklich glaubten, daß die Arbeiter einen Demonstrationszug vor das Schloß veranstalten würden? — Fast schien es so, andererseits hätten all diese umfassenden Maßnahmen gar keinen Sinn gehabt. Schnell wurde darauf die ganze verfügbare Schutzmansschaft nach

der Burgstraße beordert, die Brückenübergänge doppelt und dreifach abgesperrt und niemand nach der Schloßseite zu durchgelassen. Während über diese kuriose Polizeifürsorge zerstreuten sich die Massen dann ruhig und langsam in die nach dem Norden und Osten führenden Straßenausgänge. Die Polizei hatte sich ihre ganze Arbeit unsonst gemacht. — Zu gleicher Zeit hatten sich auch die polizeilichen Revolvermänner vor den Fabrikoren der A. G. nutzlos gelangweilt.

### Die Vormittagsversammlungen.

Nach alter, langjähriger Tradition gehört in Berlin das Arrangement für die Feier des Vormittags zur Aufgabe der Gewerkschaften, während die Abendfeier von der Partei veranstaltet wird. In hervorragendem Maße an der Feier am Vormittag beteiligt waren diesmal auch die

### Metallarbeiter.

Sie waren diesmal in einer Zahl angetreten, wie nie zuvor. Während in früheren Jahren immer nur ein Versammlungslokal für ausreichend erachtet wurde, hatte der Verband diesmal deren drei (und drei der größten!) genommen. Und obwohl die Säle bis auf den letzten Nagel durchstäblich vollgepackt waren, so reichten die vorhandenen Räume doch bei weitem nicht aus, die Zehntausende der Feiernden aufzunehmen. Besonders die im Norden der Stadt gelegenen Werke der Metallindustrie hatten ein starkes Kontingent zur Zahl der Versammlungsbesucher gestellt. So feierten u. a. die meisten Abteilungen der Postwerke, der A. G. Werke Brunnens, Volta- und Huttenstraße, der Bergmann-Werke an der Oudenarderstraße, der Plohrischen Maschinenfabrik, der Eisengießerei von Kestling u. Thomas, sowie die gesamten Arbeiter einer größeren Anzahl Mittel- und Kleinbetriebe. Hinzu kamen noch die Arbeiter aus Fabriken anderer Stadtteile und Vororte, sodaß sich in diesem Jahre nach ungefähre Schätzung rund 25 000 Metallarbeiter durch Arbeitsruhe an der Maiseier beteiligt haben mögen.

Der Andrang zu den Versammlungen war ein enormer. Schon in der siebenten Morgenstunde begannen sich die verschiedenen Gruppen zu sammeln und sich zu Fuß oder per Straßenbahn nach den Lokalen zu begeben. Da sich mittlerweile auch die Feiernden anderer Verufe nach ihren Versammlungsorten aufmachten, so war beispielsweise auf der Strahndahn in der achten und neunten Stunde tatsächlich kein Platz zu bekommen, obwohl es an Anhängen- und Einsehwagen nicht mangelte.

Lange vor Beginn der Versammlungen waren denn auch die Säle schon polizeilich abgesperrt. Im **Feldschloßchen**, woselbst Gewerkschaftssekretär Bräuner sprach, konnten es sich die Drauhengebliebenen bei dem prächtigen Wetter wenigstens in dem geräumigen Garten bequem machen. Bei lachendem Sonnenschein unterhielten sich diese „Ange-sperrten“ dann untereinander im Tone freudigen Selbstbewußtseins über den unerwartet imposanten Charakter der diesjährigen Maiseier. Man hörte überall nur eine Meinung, die wie ein festes Gelöbnis klang: „Mögen die Bühnenmänner machen

was sie wollen — nächstes Jahr wird die Feier noch besser!

Im Verlaufe der „Germania-Säle“, woselbst an Stelle des verhinderten Genossen Singer der Genosse Hellmann referierte, mußten die vor den Pforten zurückgewiesenen Arbeiter auf die Annehmlichkeit eines Gartenanenthaltes verzichten. Auf der Straße aber wollten die mit den Januarrevolvern so wehrhaft ausgestatteten Polizisten keine „Maibilder“ dulden. Nachdem der Saal von circa 2000 Personen gefüllt war, wurden die Gitter an den Eingangstoren geschlossen, eine Reihe Schutzleute pflanzte sich davor, und nun mochten die übrigen Besucher sehen, wo sie blieben.

Was Wunder, daß da alles nach dem Feenpalast strömte, wo Bebel die Festrede hielt. Doch auch hier kamen die meisten vor geschlossene Türen, oder richtiger gesagt, sie wurden bis zu den Türen gar nicht erst hingelassen, da der Saal mit samt dem angrenzenden Straßenviertel schon seit 8 Uhr polizeilich abgesperrt war. In der Tat: Eine solche Versammlung hat der Feenpalast seit Jahren nicht gesehen. Im Parkett war weder Tisch noch Stuhl. Mann an Mann gepreßt, stand die Menge. Selbst einem ohnmächtig Gewordenen wäre es nicht möglich gewesen, unzufallen, so fest war jeder zwischen seine Nebenmänner eingeklinkt. Dazu stauten sich auf beiden Galerien die Massen bis in den entlegensten Winkel und selbst die geräumige Bühne war bis auf den letzten Platz besetzt, kurz, es waren mindestens 4500 Personen in den Saal hineingepreßt. In dieser „drangvoll fürstlichen Enge“ harrten die Anwesenden fast zwei Stunden lang bis zum Beginn der Versammlung, und kein Mann verließ den Saal eher, als bis Bebel sein anderthalbstündiges Referat beendet hatte. Tausende aber, die keinen Einlaß gefunden, standen draußen in den angrenzenden Straßen, die später von der Polizei geserrt wurden.

Ueber den Osten und Südosten der Stadt sind zahlreiche Vorträge der

#### Holzindustrie

verstreut. Die Betriebsstätten liegen in feiertäglicher Ruhe. In größeren und kleineren Gruppen, wie sie sich, sei es durch Zufall oder Verabredung, auf den Straßen zusammenfanden, strömten die Holzarbeiter den Lokalen zu, wo sich die einzelnen Branchen des Holzarbeiterverbandes sammelten, um sich von dort gemeinsam nach dem Versammlungsort, der „Neuen Welt“, zu begeben. Gleich zahlreichen Bächen, die zusammenfließend einen mächtigen Strom bilden, so fanden sich die aus den verschiedenen Branchenlokale kommenden in den Hauptstraßen zusammen, die nach der Hofenheide führen. Die Adalbert-, die Dresden-, die Reichenbergerstraße entlang bewegten sich in losen, ungeordneten, aber dichten und unabsehbaren Rügen

die Massen feiernder Holzarbeiter. Am Kottbuscher Tor verschmolzen sich die drei aus dem Stadtimern herankommenden Menschenströme zu einer imposanten Masse, die nunmehr als zusammenhängender Zug den breiten Bürgersteig der Kottbuscherstraße vollständig füllend, über den Kottbuscher Damm und den Hermannplatz nach der „Neuen Welt“ zieht.

Hier, an den Eingangstoren zu dem riesigen Garten, der für einige zehntausend Personen bequem Platz bietet, staut sich die Masse und schiebt sich langsam durch die Eingänge, wo jeder seine Platzmarke erhält. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung ist der Garten dicht besetzt. Als um 10 Uhr in dem großen Saale die Versammlung eröffnet wird, ist derselbe von einer Kopf an Kopf gedrängten Menschenmenge erfüllt. Alle Eingänge zum Saale werden durch die Polizei abgeserrt. Wer mit der Vertikalität vertraut ist, sucht noch durch irgend eine Hintertür in den Saal zu gelangen, aber alle Mühen sind umsonst. Der Saal ist so gefüllt, daß niemand mehr hinein kann. — Auch im Garten ist jeder Platz besetzt und in den Gängen drängt und schiebt sich eine hin und her wogende Menge, wohl vier- bis fünfmal so groß an Zahl als die, welche im Saale Platz gefunden hat. Viele verlassen schon bei Beginn der Versammlung, nachdem sie keinen Eintritt in dieselbe gefunden hatten, das Lokal. Aber neue Scharen von Nachzügler kommen heran, und der Garten bleibt während der ganzen Dauer der Versammlung gefüllt.

Es feierten durch Arbeitsruhe in der Holzindustrie über 30000 Arbeiter. Ueberall konnte man hören, daß die diesjährige Beteiligung an der Maidemonstration bedeutend stärker ist als die vorjährige, und daß die Arbeitsruhe in der Berliner Holzindustrie fast allgemein durchgeführt ist. — „Hent fallen wenig Hobbelpäne in Berlin.“ So lautete das übereinstimmende Urteil der Festteilnehmer, ein Urteil, welches durch einen Blick über die unabsehbare Menge der Demonstrierenden durchaus bestätigt wurde.

#### Maurer

hielten ihre Maidemonstration in der Brauerei ab, ihre Lokalorganisierten Kollegen in der Brauerei Königsstadt. Obgleich einzelne Branchen des Maurerverbandes besondere Versammlungen abhielten: die Puzer bei Kellner in der Koppenstraße, die Gips- und Zementarbeiter bei Kellner in der Hofenheide, waren die Räume der Brauerei — Saal und Garten — bei weitem nicht ausreichend, um alle Teilnehmer der Demonstrationsversammlung zu fassen, um so weniger, als neben den Maurern die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Gewerbe ihre Maidemonstration ebenfalls in der Brauerei — im kleinen Saale — abhielten. Der Maurerverband stellte jedoch die weitaus größte Zahl der auf dem Vorplatz Versammelten. Er füllte nicht nur den großen Saal, wo Genosse Kollendörfer die Festrede hielt, bis auf den letzten Platz, sondern auch der ausgedehnte Garten war vollständig besetzt, auch dann noch, als nach Schluß der Versammlung bereits Tausende den Heimweg angetreten hatten, die in dichten Scharen die Vellealliancestraße bis zum Hallschen Tor hinunter bedeckten.

Vom Zempelhofer Felde kommend, marschierte ein Trupp Soldaten die Vellealliancestraße hinunter. Die Pausen drohten, die Trompeten schmetterten, die Waffen bligten im Sonnenschein. Im strammen Paradeschritt stampften die Proletarier im bunten Mod das Straßensplaster. Und neben dem Militär schritt auf dem Bürgersteige in langen dichten Reihen eine kleine Abteilung des gewaltigen Heeres der Massenbewußten Arbeiter: die vom Volk kommenden Maurer. Nicht im gleichen Schritt und Tritte, nicht zusammengeführt und zusammengehalten durch Kommandoworte oder durch eine mittels eines barbarischen Straffsystems gestiftete Disziplin, sondern geeint durch gleiche Empfindungen, zusammengeführt durch die erhabenen Gedanken der Massenbewußten Arbeiterbewegung, so schritten die von der Maidemonstration heimkehrenden Maurer fest und in sicherem Selbstbewußtsein die Straße entlang und an ihnen vorüber zogen die Arbeitsbrüder in „des Königs Mod“, die unsere Herrschenden bei passender Gelegenheit zur Unterdrückung der Massenbewußten Arbeiterbewegung glauben benutzen zu können. Doch, das hat die überaus große Beteiligung an der Puzerfeier gezeigt, der Gedanke des Sozialismus schreitet siegreich vorwärts. Mit Säbeln, Flinten und Kanonen ist er nicht auszurufen.

Die Zimmerer hielten drei Versammlungen ab. Für die Versammlung derselben in der „Alhambra“ in der Wallnertheaterstraße war die Genossin Lili Braun als Referentin vorgezogen. Die Versammlung in der Badstraße war von 3000 Personen besucht. Viele hielten sich noch im Garten und in den Nebenzimmern auf. Mit großem Beifall wurde das Referat der Genossin Lili Braun aufgenommen. In der Viktoriabrauerei, Lüchowstraße, hatten sich 800 Zimmerer versammelt, so daß der große Saal und der kleine Nebenraum fast gefüllt waren. Genosse Redakteur Wlod hielt das Referat, das von lebhaftem Beifall gefolgt war. Die Resolution ward einstimmig angenommen und zum Schluß stimmte die Versammlung begeistert ein in das Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie.

Die Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittelbranche tagten in noch nie dagewesener Zahl im unteren Saale von Suggenhagen

am Moritzplatz. Genosse Koblenger als Referent erntete brausenden Beifall. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme. Die wie alljährlich so auch diesmal wieder vorgenommene Auszählung der einzelnen Berufsgruppen zeigte, daß die Bäcker, Tabakarbeiter, Brauerei-Hilfsarbeiter, Barbierer und sogar Gastwirtschaftlichen, obgleich letztere in den zahlreichen Versammlungsorten zur Bedienung zurückgehalten wurden, in geradezu überraschender Zahl vertreten waren. Der Versammlungsleiter konnte mit Genugtuung konstatieren, daß diesmal fast die dreifache Zahl der Teilnehmer anderer Jahre festgestellt wurde. Den Anfang und Schluß dieser imposanten Versammlung bildeten einige prächtig zum Vortrage gebrachten, begeisterten Lieder des Bäder-Gesangvereins „Morgengrauen“.

Die im „Deutschen Hof“, Ludauerstraße, tagende Maidemonstration der Vereinigung der Maler war von circa 1300 Kollegen besucht. Viele Hunderte fanden infolge der Absperrung keinen Einlaß. In pacifizierenden Worten schilderte Referent G. Lind die Bedeutung des 1. Mai. Reichhaltiger Beifall zeugte von der innerwohnenden Begeisterung der Anwesenden. Mit einem donnernden Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die Maidemonstration der Buchbinder war überfüllt. Circa 2-3000 Personen füllten den weiten Saal und Tribünen bei Suggenhagen am Moritzplatz. Referent war Stadtdr. Dr. Weyl. Die Stimmung war eine begeisterte. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung der Schmiede im Englischen Garten war überfüllt. Mindestens 800 Personen hörten den Vortrag des Genossen Gruhl stehend an. Hunderte von Schmieden fanden keinen Einlaß mehr. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

An der Versammlung der zentralorganisierten Bauhilfsarbeiter im Lokale Friedrichshain nahmen 2500 Personen teil. Da der Saal wegen Ueberfüllung schon um 9<sup>1/2</sup> Uhr abgesperrt wurde, mußten sich außerdem noch etwa 1000 Zuhörer im Freien mit einem Platz im Garten begnügen. Das Referat hielt Genosse Maurenbrecher.

Städtische Arbeiter. Nach stimmungsvollem Einleitungsgefänge des Gesangvereins der Puzer hörte die von 200 Personen besuchte Versammlung im Dräselchen Saale das treffliche Referat des Genossen Kallisi. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine begeisterten Ausführungen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Angehörigen des graphischen Gewerbes waren im zweiten Saale der Brauerei versammelt. Obgleich schon vor Beginn der Versammlung Tische und zum Teil die Stühle entfernt wurden, mußten doch die erst gegen 10 Uhr Erschienenen mit einem Platz im Garten der Brauerei vorlieb nehmen. Die Versammlung selbst wurde durch Sänge des graphischen Gewerbes eingeleitet und fanden die markigen Worte des Referenten Genossen Hach lebhaften Beifall. Nach einstimmiger Annahme der Resolution und einem dreimaligen Hoch auf die internationale politische sowie gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fand die imposante Versammlung einen würdigen Abschluß.

Der Besuch der Maidemonstration, welche am Vormittag die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Puzer nach der Kronenbrauerei in Alt-Moabit einberufen hatte, war ein allgemeiner. Es beteiligten sich, da viele Kollegen die Versammlungen in den Vororten besuchten, 1500 Kollegen daran. Moritz Lothar hielt einen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag, in welchem er die Versammlung aufforderte, sich der gewerkschaftlichen sowohl, wie der politischen Organisation anzuschließen. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Vormittagsversammlung der Sattler bei Voelker, Webersstraße 17, war besucht von über 1000 Personen. Referent war Emil Dittmer. Zum Schluß wurde auf die Verminderung in Preußen hingewiesen und zum Austritt aus der Kirche aufgefordert.

Impassant war die Versammlung der Graveure usw., die in einer Zahl von über 300 Personen im Dresdener Garten erschienen, um den Ausführungen des Genossen Dr. Jabel Gehör zu schenken. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die interessante Versammlung.

Die Versammlung der Tapezierer in Wendts Festsälen war besucht von über 1000 Personen, die sämtliche Räume des Lokals füllten. Um 10 Uhr wurde polizeilich abgesperrt. Otto Weis hielt unter großer Begeisterung des Referat des Tages. Nicht endenwollende „Psiu“-Rufe durchhallten den Saal, als der Redner die Verbrennen von Courtoises und Breslau an der Arbeiterschaft kritisch besprach. Noch nie war eine Maidemonstration des Berufes in solchem Umfange besucht. Die Resolution der Gewerkschaftskommission fand einstimmige Annahme.

Die Hafenarbeiter (Bretterträger) hatten sich vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, in der imposanten Zahl von annähernd 800 Mann versammelt, um das Referat des Genossen Paul Barthel entgegenzunehmen. Der Redner sprach in eindringlicher, begeisterter und begeisternder Rede, die mehrfachen von lebhafter Zustimmung unterbrochen und mit brausendem Beifall aufgenommen wurde, über die Bedeutung unseres Weltfeiertages, über die Dreiklassenwahlrecht und über die Ideale, für die wir von Jahr zu Jahr mehrwollend demonstrieren. Die Versammlung wurde mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf den 1. Mai und die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Die Gips- und Zementarbeiter tagten in Kienitz Festsälen. Die circa 3200 Mann starke Sektion des Maurerverbandes war fast vollständig zur Stelle und füllte den großen Saal und die angrenzenden Räumlichkeiten bis auf das letzte Plätzchen. Der Rest mußte auf das Anhören des Referates verzichten und im Garten Platz nehmen. Genosse Albrecht Fülle referierte. Flammende Enttäuschungsstöße lösten seine scharf pointierten Ausführungen über die Breslauer Plutaten aus und lebhaftige Zustimmung fanden seine Bemerkungen über die Waffe des Generalstreiks, deren Benutzung nicht von uns, sondern von den Gegnern abhänge. Nach einigen kräftigen Schlussworten des Vorsitzenden Giese fand die Versammlung kurz vor 12 Uhr ihr Ende. Der Gesangverein der Sektion sang am Anfang und am Schluß der Versammlung ein der Feier des Tages entsprechendes Lied.

Die in den „Arminhallen“ stattgefundenen Versammlung der Glaser, Glaschleifer, Glasbläser, Glasarbeiter war von über 900 Personen besucht. Lange vor Eröffnung der Versammlung erfolgte die polizeiliche Absperrung, so daß circa 200 Personen keinen Einlaß fanden. Genosse Klotz referierte. Die von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Etwa ausgesperrte Mitglieder sollen sich in den Bureaus der betroffenen Organisationen zur Kontrolle anmelden.

Die Versammlung der zentralorganisierten Streifen war bei Wille, Brunnenstr. 188, statt. Es referierte Genosse Müller. Mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Bekleidungsindustrie. Der Saal bei Hüblich, Große Frankfurterstraße, war dicht besetzt. 700 bis 800 Personen mochten anwesend sein. An Stelle des leider durch Heiserkeit verhinderten Kollegen Fr. Koyke hielt Fritz Weger ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die Bedeutung des 1. Mai. In der Diskussion erntete Reichstagsabgeordneter Aug. Waudert für seine aus dem Herzen gesprochenen Worte rauschenden langanhaltenden Beifall.

Die Vergolder waren im neuerbauten großen Saal der Sophien-Säle über 750 Personen stark versammelt. Reichstagsabgeordneter Wähle hielt das Referat.

Die Maidemonstration der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter usw., Raststätte Berlin, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, war eine halbe Stunde vor Beginn polizeilich gesperrt. Hunderte mußten umfliehen. Im Saale waren circa 450 Personen versammelt.

Die Maidemonstration der Porzellanmaler und Schildermaler, welche von circa 300 Personen, darunter zahllosen Frauen und Mädchen, besucht war, fand im Gewerkschaftshaus, Saal I, statt. Das Referat der Genossin Ida Klmann fand beifällige Aufnahme. Die Versammlung wurde vom Gesangverein der Porzellanarbeiter mit Gesang eröffnet und geschlossen.

In einer äußerst stark besuchten Versammlung in Dräsel Festsälen demonstrierten rund 800 Bildhauer. Genosse Grünwald verband in einem reich mit nationalökonomischen Grundfragen durchsetzten Referate die Aufmerksamkeit der Hörer zu fesseln und der Bedeutung des Tages gerecht zu werden. Reicher Beifall lohnte seinen Ausführungen.

In der Versammlung der Puzer in Kellers Festsälen waren circa 3500 Personen anwesend, darunter viele Frauen. Die Galerien waren dicht besetzt. Die Versammlung wurde durch Vorträge des Gesangvereins der Puzer eröffnet. Genosse Raffini sprach dann über die Arbeitergesetzgebung und erinnerte an das stolze Kaiserwort von 1890, das heute noch nicht erfüllt ist, ferner sprach er über das elende Wahlrecht in Preußen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt in den Andreas-Festsälen seine Maidemonstration ab. Frau Dr. Weyl hielt das Referat, das von den circa 1300 Kollegen beifällig aufgenommen wurde.

In der Versammlung der Steinarbeiter waren etwa 1200 Personen anwesend. Vor 10 Jahren waren 28 Mann zur Maidemonstration erschienen. Die Versammlung war polizeilich abgesperrt; mindestens 100 Personen erhielten keinen Eintritt.

Die Versammlung der Dachdecker bei Feind, Weinstr. 11, war von 540 Personen besucht.

Die Versammlung der Lederarbeiter (Weißgerber, Lohgerber und Gandschuhmacher) war 700-800 Teilnehmer stark. Das gediegene Referat des Genossen Max Schütte erntete großen Beifall. Mit einem Hoch auf die internationale, revolutionäre, völkervereinende Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Im Restaurant Gramotte, Bergstraße 12, hatten sich circa 400 Kameraden versammelt. Das Referat hatte Genosse Gaida-Rigborf übernommen. Die Versammelten lauschten andächtig seinen Ausführungen. Der Vorsitzende schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Die Versammlung der Portefeuerer im „Fürstehof“ in der Köpckestraße war ebenfalls ungewöhnlich stark besucht. Während sonst die Zahl der Teilnehmer in diesem Berufe 130-150 Personen betrug, ergab diesmal die Auszählung derselben über 300. Der Referent Ernst Wähner verband es ausgezeichnet, die Anwesenden durch seine Ausführungen zu fesseln. Unter dem Gesang der Arbeitermarxistengruppe ging die Versammlung auseinander.

Die im Handels-, Transport- und Berchergewerbe beschäftigten Personen waren um 12 Uhr bei „Suggenhagen“ am Moritzplatz versammelt. Der Saal war überfüllt. Circa 2000 Personen waren anwesend. Das Referat des Genossen Ebert wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen und mit größter Aufmerksamkeit von den Versammelten verfolgt. Die Versammlung spendete dem Referenten langanhaltenden Beifall.

Bemerkenswert war auch die Maidemonstration des Vereins Berliner Hausdiener, welche die erste dieser der modernen Arbeiterbewegung gewonnene Organisation ist. Sie wurde abgehalten in den Zentral-Festsälen. Für diesen ersten Versuch war die Beteiligung von circa 500 Personen geradezu überraschend zu nennen. Das Referat hielt Genosse P. Dipont.

In allen Versammlungen fand die unter Zustimmung des Parteivorstandes und der Generalkommission vorgelegte Resolution einstimmige Annahme. In einer ganzen Reihe von Versammlungen protestierte man auch durch Resolutionen gegen das Vorgehen der Dresdener Polizei.

Eine etwas anders gefasste als die sonst allgemein sowohl in den Partei- wie in den Gewerkschaftsversammlungen angenommene Resolution lag den

der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen

vor. Wir haben auch diese Resolution schon zum Abdruck gebracht und lassen deswegen auch von den Versammlungen dieser Gewerkschaften nur kurze Einzelberichte folgen:

Die Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands hielt im überfüllten Saale der Brauerei Königsstadt ihre Maidemonstration ab. Circa 2400 Männer und Frauen hörten dem Vortrag des Genossen Hans Weber zu. Eingeleitet und geschlossen wurde die imposante Kundgebung durch Gesangsvorträge des Gesangvereins der Organisation.

Flößer und Steinhölzler. Die nach Voelkers Festsälen, Webersstr. 17, einberufene Versammlung war von etwa 400 Personen besucht. Der Referent Genosse Schlenker geißelte scharf das Vorgehen der Polizei in Breslau.

Die Versammlung der Zimmerer, die im Wöhlischen Brauhaus tagte, war überfüllt, trotzdem fanden noch circa 2000 Maidemonstranten keinen Einlaß in den großen Saal. Die ganze Veranstaltung verlief äußerst stimmungsvoll. Besonders hervorzuheben ist noch die starke Beteiligung der Frauen.

In diesen Versammlungen fand die vom Gewerkschaftskartell vorgelegte Resolution widerspruchslos Annahme.

Die Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend hielt in Feuersteins Festsälen ihre von über 300 Personen besuchte Maidemonstration ab. Referent Alb. Weidner sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Eine entsprechende Resolution fand Annahme. Gesangsvorträge des Gesangvereins der Gewerkschaft der Maler trugen zur Verschönerung mit bei. Unter brausenden Hochs auf die Organisation und die internationale Arbeiterbewegung schloß die Feier.

Die vom Gewerkschaftskartell einberufene Gruppenversammlung der Metallarbeiter, Feinstmaler, Bleigläser, Konfektionsarbeiter, Frauenverein, Hausdiener, Tapezierer, Parkhallenarbeiter, Stuckateure und Barbierer, die nach den Brunnenfälen, Brunnenstr. 15, einberufen war, war schon um 10 Uhr polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte keine Einlaß fanden. Genosse A. Kleinlein referierte. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den internationalen revolutionären Sozialismus wurde die Versammlung geschlossen.

Die Schiff- und Bootsbauer hatten sich außerordentlich zahlreich in ihrem Verkehrslokal Stralauer Allee 17a eingefunden. Das Maidemonstration hielt Genosse Jonny Hinrichsen, dessen Ausführungen mit aufrichtigem Beifall gefolgt wurden. Die Resolution des Berliner Gewerkschaftskartells fand begeisterte Zustimmung. In den Bootswerken herrschte allgemeine Arbeitsruhe.

Die Versammlung der Flößer und Hilfsarbeiter war von circa 450 Personen besucht. In wirkungsvoller Weise referierte Genosse Schröder. An reichhaltigem Tafelmateriale demonstrierte Redner die Entrechung und Anechtung der Arbeiterklasse unter großem Beifall der Versammlung.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt im Englischen Garten ihre Maidemonstration ab. Genosse Kater referierte. Die Versammlung war überfüllt; viele Genossen fanden keinen Einlaß. In überfüllter, von 700 Personen besuchter Versammlung in Graumanns Lokal, Raumnstraße, demonstrierten die Mitglieder der Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Die Puzer der Rüstfächer verließ großartig. Genosse Ströbel referierte vor etwa 400 Personen. Der Gesangverein erstreute durch verschiedene Vorträge.

# Die Feier der Partei.

Die Genossen und Genossinnen des ersten Wahlkreises begingen das Maifest bei Mien in der Hasenheide. Hinstehend Personen etwa nahmen teil. In der Dämmerstunde drängte sich alles nach dem großen Saal, wo Reichstagsabg. Vollenbruch die Festrede hielt. Boigt „Gruß an den Mai“, vorgetragen von der „Typographia“, leitete stimmungsvoll ein. Begeistert stimmten die Versammelten in das Hoch auf die völkervereinende internationale Sozialdemokratie ein, mit dem Vollenbruch schloß. Gesänge der „Typographia“ folgten. Genosse Raffini bewies sich als Meister der Rezitationskunst und turnerische Aufführungen vervollständigten das Programm. Alle Darbietungen fanden den lebhaftesten Beifall.

Im zweiten Wahlkreis waren wieder Garten und Säle der Brauerei für die Maifeier aussersehen worden. Schon nachmittags füllte den größten Teil des Gartens eine festlich gestimmte Menge, die immer mehr anwuchs. Garten und Saal konnten schließlich kaum noch mehr fassen, so daß die Teilnehmerzahl mit 10 000 nicht zu hoch geschätzt sein dürfte. Das Instrumentalkonzert des Berliner Sinfonie-Orchesters des Herrn Kapellmeisters M. Fischer wechselte ab mit den Frühlings- und Kampfesliedern eines gesungenen Chors von Arbeiterjüngern, denen reicher Beifall wurde. Im überfüllten Saal hielt der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, die Festrede. Als er zur Charakterisierung des Massenstaates der abgehandelt Hand von Breslau und des Dankes des Breslauer Polizeipräsidenten, sowie des Verbrennens von Courrièren gedachte, durchbrachen stürmische Entrüstungsrufe den Saal. Nach Darlegung der Forderungen des Proletariats hielt Redner dem Willen der Reaktion das Dichtwort entgegen: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht, unser der Sieg, trotz alledem! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Die Genossen des dritten Wahlkreises hatten ihr Hauptquartier in der Neuen Welt in der Hasenheide aufgeschlagen. Starke Andrang herrschte hier schon am frühen Nachmittag. Bald war ein bewegtes Leben in dem weiten prächtigen Garten, in dem das leuchtende Rot des Flammenbäumchens sich prächtig mit dem hellen Maiengrün der alten Bäume vermischte. Der Zustrom immer neuer Festgenossen nahm kein Ende. 15 000 waren es sicher. Musik, Begeisterung wendender Vortrag von Gesängen, die dem Sehnen und Streben nach Befreiung Ausdruck geben, und Produktionen der geschmeidigen Turner bot auch hier das Programm. Die Festrede im gefüllten Niesensaal hielt Genosse Redakteur Bloß. Er fand die rechten Worte für die Gedanken, welche die vor- und aufwärtsstrebende Arbeiterklasse an diesem Tage des Proletates und der Willensstärkung befehlen. Das bewies die Zustimmung, die ihm wiederholt im Laufe des Vortrags zuteil wurde. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß dieser Teil der Feier.

Das zweite Festlokal für den dritten Wahlkreis war das Gewerkschaftshaus. Das übliche Unterhaltungsprogramm. Dann ein Vortrag des Redakteurs Genossen Düwelle über die Bedeutung des Tages im gefüllten großen Saal. Die Festrede machte großen Eindruck. Durch stürmischen Applaus gaben die Versammelten ihrer Übereinstimmung mit dem Redner Ausdruck.

Viertes Wahlkreis. In dem ausgedehnten Garten der Brauerei Friedrichshain herrschte lebhaftes Festgewühl. Gegen Abend war der Garten fast vollständig besetzt. Eine Musikkapelle sorgte für musikalische Genüsse. Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes liehen ihre die Ideale des Proletariats verherrlichenden Weisen ertönen. In dem großen Saal, wo ebenfalls eine nach Tausenden zählende Menge Platz genommen hatte, bot eine Vollsänger-Gesellschaft ernste und heitere Vorträge dar. So war für ein abwechslungsreiches Programm gesorgt. Genosse Koblenzer hielt die Festrede, die der Bedeutung des proletarischen Weltfeiertages entpoch. Die Fortsetzung des Festprogramms bot noch mancherlei Unterhaltung, bei der auch Aufführungen von Arbeiterturnern und Arbeiterradfahrern zur Erhöhung der festlichen Stimmung beitrugen.

Kellers Festäle in der Koppenstraße haben anderen Lokalitäten gegenüber den Nachteil, daß sie nicht mit einem Garten verbunden sind. Trotzdem war auch hier der Besuch ein guter. Der große, mit roten Fahnen und Inschriften reich geschmückte Saal war vollständig besetzt. Konzert und Gesangsvorträge boten angenehme Unterhaltung und die komischen Vorträge der Gesellschaft Strzelwitz erregten die Heiterkeit der Zuhörer. — Nach einem stimmungsvollen Vortrag eines Arbeitergesangsvereins betrat Genosse Singer das Podium, um die Festrede zu halten. — Mit Stolz — sagte er — können wir auf die heutige Maifeier blicken. Zahlreicher denn je waren die Demonstrationen am Vormittag besucht. Das zeigt uns, daß sich die Maifeier bei den Arbeitern eingebürgert hat, und läßt uns annehmen, daß die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo die Unternehmer einsehen werden, daß sie durch keine noch so brutale Maßnahme den Gedanken der Maifeier aus den Herzen der Arbeiter reißen und die Feier selbst unterdrücken können. Vor der siegreichen Macht der Arbeiterklasse wird das Unternehmertum Halt machen müssen. Und wenn mancher aus unseren eigenen Reihen in bezug auf die Maifeier heimtücklich geworden war, so hat gerade die heutige überaus starke Beteiligung an unserer Maifeier gezeigt, daß kein Grund zu solcher Kleinmütigkeit vorhanden ist. Der Redner ging dann auf die Forderungen ein, denen die Maifeier gewidmet ist, und schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Dann wurde die vom Genossen Singer empfohlene Resolution, die den Vormittagsversammlungen bereits vorlag, einstimmig angenommen.

Reintes Volksgarten, der zwar auf Lichtenberger Gebiet liegt, aber den Genossen des vierten Wahlkreises ebenfalls als Festlokal diente, war gleich den übrigen Lokalen von einer nach Tausenden zählenden Menge besucht. In ununterbrochenem Zuge pilgerten Arbeiterfamilien die Chaussee hinaus, um schließlich in Reintes Volksgarten einzufahren, wo durch Musik- und Gesangsvorträge sowie durch Kinderbelustigungen für die Unterhaltung von Jung und Alt gesorgt war. Eine Festrede konnte hier nicht gehalten werden, weil das Lokal über keinen geeigneten Saal verfügt.

Im Konzertsaal Sanssouci, das außerordentlich gut besucht war und wo unter anderem die Vollsängergesellschaft Schmelzer-Walze-Gnädig auftrat sowie die Turner ihr Können bewiesen, hielt Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein die Festrede. Er schilderte die kolossale Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten, die zu den besten Erwartungen im Kampfe gegen übergrößen Ausbeutung, Polizeiwirtschaft und politische Unterdrückung und Entrechtung berechtigte. Als sehr wertvoll befürwortete er die Erziehung der Jugend zum Sozialismus, die Hinführung der Heranwachsenden in die Jugendorganisationen. Anhaltender Beifall wurde dem Redner zuteil.

Der Viktoriagarten und das Parkrestaurant, beide an der Köpenicker Landstraße nebeneinanderliegend, boten einem Teil der Genossen vom Südosten des vierten Wahlkreises Gelegenheit zur Abhaltung der Maifeier. Eine wahre Völkerverwanderung war es, die hinausjog nach diesen beiden äußerst geräumigen Gartenlokalitäten. Schon in den ersten Stunden nach Beginn der Feier waren die Lokale vollständig gefüllt und immer noch strömten neue Massen hinzu, die sich zum Teil vergebens nach Sitzplätzen umfanden. Hin und her wogte die Menge in den Gartenwegen und glücklicherweise schloß sich der noch in irgend einem Winkel ein Plätzchen gefunden hatte, wo er es sich, wenn auch nur notdürftig, bequem machen konnte. Hunderte, die nach langem vergeblichen Suchen kein Ausplätzchen finden konnten, zogen wieder ab, hinüber nach dem Trepptower Park, wo sie sich auf dem großen Spielplatz in der Nähe des Karpenteiches lagerten. Den Abziehenden folgten neue Ankommlinge und so ging es bis zum Abend beständig ein und aus. Die Zahl der Besucher wird auf wenigstens 15 000 geschätzt. — Für beide Lokale war ein ziemlich gleichartiges Konzertprogramm aufgestellt, das den Festteilnehmern angenehme Unterhaltung bot. Auch für die Unterhaltung der Kinder war in geeigneter Weise gesorgt und nach

Eintritt der Dunkelheit lenkte ein effektvolles Feuerwerk die Aufmerksamkeit aller Festteilnehmer auf sich. — Im Parkrestaurant sprach Genosse Müde und im Viktoriagarten hielt Genosse Herzfeld die Festrede, deren kraftvolle Verherrlichung der sozialdemokratischen Ideale den lebhaftesten Beifall der Zuhörer fand.

Der Schweizergarten am Königstor war das Festlokal der Genossen des fünften Wahlkreises. In ungewöhnlich großer Zahl hatten sie sich mit Frauen und Kindern eingefunden, und je weiter der Nachmittag vordrückte, desto mehr wuchs die Zahl der Festteilnehmer an. Gegen Abend war der ausgedehnte schattige Garten von einer nach Tausenden zählenden festlich gestimmten Menge gefüllt. Die älteren Genossen waren einig in dem Urteil, daß ihr Maifest noch nie so stark besucht war wie in diesem Jahre. — Für die Unterhaltung war gesorgt durch Musik- und Gesangsvorträge. Zwischenbühnen traten Spezialitäten auf. Auch eine Abteilung von Arbeiterturnern trug durch Vorführung ihrer Leistungen zur Verschönerung des Festes bei, ebenso eine Abteilung des Arbeiter-Radfahrervereins „Courier“, die durch ein Reigenfahren die Zuschauer ergötzte. — Der ersten Bedeutung der Maifeier wurde Genosse Robert Schmidt in einer Festrede gerecht, die in großen Zügen der Klassenforderungen des Proletariats gedachte, welche den Gegenstand der Maifeier bilden und zur Mitarbeit an der Erreichung der Ziele der Sozialdemokratie aufforderte. — Der schöne Abend hielt die Festteilnehmer, teils im ernstlichen Gespräch, teils im Genuß der unterhaltenden Darbietungen des Programms noch lange beisammen.

Der Norden Berlins, der sechste Wahlkreis, trug den ganzen Tag über ein durchaus festliches Gepräge: Während in den Morgenstunden die Masse der Gewerkschaftsmittglieder in hellen Scharen nach den Versammlungslokalen eilte, waren Gruppen von Parteigenossen emsig beschäftigt, in den im üppigsten jungen Grün prangenden Gärten den letzten Festschmuck anzubringen. Denn so viel war von vornherein klar: blieb das Wetter so prächtig, wie es am Morgen einsehete, dann war zu den Festveranstaltungen am Nachmittag eine zehntausendköpfige Zahl von Teilnehmern zu erwarten. Und so kam es auch. Kaum waren die Kinder aus der Schule zu Hause und die Männer aus den Versammlungen angelangt, so rüstete sich die ganze Arbeiterfamilie zum gemeinsamen Aufbruch nach den Gartenlokalen. Aber woh? Wohin mit diesen Massen?

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt hatten nur zwei Lokale zur Verfügung: Fröhels Allerlei-Theater und Bernaus Festäle, und für Gesundheitsbrunnen der Rosenfelder Vorstadt mußten das Marienbad, das Bernhard-Rose-Theater und Ballhimmieders Kaptantenwäldchen ausreichen. Im Handumdrehen war hier bald jedes Plätzchen besetzt. Und von Viertelstunde zu Viertelstunde steigerte sich der Andrang. So ging es denn von einem Lokal zum andern in immerwährendem Hin- und Herfluten. Glücklich, wer einen Platz erobert hatte. Doch die Räumlichkeiten waren und blieben nun einmal zu klein. Sie hätten mindestens dreimal so groß sein können, um die Zahl der Besucher zu fassen. Bei dem herrlichen Maienwetter entwickelte sich in den Gärten bald die regste Unterhaltung, die höchstens unterbrochen wurde, wenn die einzelnen, sehr beifällig aufgenommenen Nummern des Festprogramms zur Aufführung gelangten. Jung und Alt war überall in echter und rechter Maiestimmung. Diefelbe wurde auch durchaus nicht gestört, als der Himmel für kurze Zeit ein finsternes Gesicht machte und einige Regentropfen zur Erde sandte. Die dunklen Wolken waren jedoch nur „eine vorübergehende Erscheinung“, so wie die Sperrwut der Unternehmer eine sein wird. So nahte denn der Abend und es kam derjenige Teil der Feier, wo der Frostwind wieder dem Ernst des Tages Platz machen mußte. Alles eilte, soweit der Raum dies gestattete, in die Säle, um die Festreden mit anzuhören. Im „Marienbad“ sprach der Genosse Klotz, bei Ballhimmieders der Genosse Ströbel, bei Bernhard-Rose der Genosse Lesche-Altona, bei Bernau der Genosse Antrich und im Fröhel-Theater der Genosse Grünwald. Ernst und in sich gefestigt läuschten die Tausende von proletarischen Männern und Frauen den begeisterten Worten des Redner. Wüßten sie doch, daß diese Maifeier nicht nur dem Achtshunderttag und dem Völkertiede, sondern auch der Befreiung des schmählichen Dreiklassenwahlrechtes galt. Nach Beendigung der Ansprachen verteilten die Genossen dann noch einige Stunden beisammen in dem Bewußtsein, daß die diesjährige Maifeier wohl eine der imposantesten gewesen ist, die Berlin bisher aufzuweisen hatte.

Auf dem Wedding war ein solcher Andrang in Feldschlösschen in der Müllerstraße, daß ganze Scharen von Genossen mit ihren Familien wieder umsehen mußten. Das Festprogramm war ein sehr reichhaltiges. Der Arbeiter-Turnerbund, Arbeiter-Sänger, Athleten und allerlei Künstler traten auf. Als Festredner war Genosse Davidsohn angekündigt, der aber seinen Vortrag nicht halten konnte, da den Vorgriffen der polizeilichen Anmeldung nicht voll Genüge getan wurde.

In der Vordrauererei in der Chausseestraße hätte etwas von dem Ueberflusse an Besuchern im Feldschlösschen noch Platz gefunden, aber man konnte auch hier mit dem Besuch zufrieden sein. Genosse Herzfeld war der Festredner. Turner und Sänger fehlten nicht, und für die Unterhaltung war bestens gesorgt.

In Roabit waren die drei Lokale, welche die Genossen für die Maifeier aussersehen hatten, überaus gut besucht. Überall war ein hübsches Programm aufgestellt worden, und ein frohes bewegtes Treiben entwickelte sich bei Musik und Gesang, Tanz, Unterhaltungsstücken und Festreden.

Im Roabiter Gesellschaftshaus sprach Genosse Ledebour. Die Turner zeigten ihre Künste, und Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes liehen sich hören. Die Wally-Bladesänger standen auch auf dem Programm und erwarteten sich mit ihren Vorträgen viel Beifall.

In dem Vagenhofer Etablissement drängte sich eine zahlreiche Menge. Hier sprach Genosse Weber und die Vereinten Sangesbrüder „Roabiter“ sangen frohe und ernste begeisternde Weisen. Der Turnverein „Richte“ erstreute die Zuschauer durch allerhand Aufführungen. Es herrschte eine vorzügliche Stimmung in der wogenden Menge der hochbewegten Männer, Frauen und Kinder; man freute sich des Maiestages von Herzen.

In der Kronbrauerei grüßten den Eintretenden rote Fahnen von allen Seiten. Hier herrschte derselbe Festesjubel wie in den beiden anderen Lokalen von Roabit. Die Matagrede hielt Genosse Wieselthal. An Gesang und Musik fehlte es natürlich nicht; auch war die Vollsängergesellschaft Ledowowski zur Unterhaltung engagiert worden.

Die Berichte des Wahlkreises Teltow-Beesdow-Storkow-Charlottenburg zeigen eine ungeahnte Beteiligung an der diesjährigen Maifeier. In den großen Orten des Kreises füllten sich die Straßen mit tausenden festlich gekleideter Arbeiter, die zunächst einen kleinen Spaziergang machten und sich alsdann zu den Kontrollstellen ihrer Gewerkschaften begaben. So bot namentlich Nixdorf, dessen Gewerkschaftskommission drei Versammlungen einberufen hatte, den Schauspiel einer zu vielen tausenden zählenden ruhig dahinwandernden Arbeitermasse. Kein Wunder, daß sich die Säle als viel zu klein erwiesen und Tausende keinen Einlaß mehr fanden.

Im Hoppischen Lokal mochten sich etwa 2500 Personen eingefunden haben, welche den trefflichen Ausführungen des Genossen Eduard Bernstein lauschten. In der zweiten Versammlung bei Thiel, in welcher Genosse Arthur Hoffmann referierte, waren circa 2000 Personen anwesend, während die im Heilhausschen Restaurant tagende Versammlung, in welcher Genosse Davidsohn referierte, ungefähr 1000 Besucher aufwies. Die von dem Gewerkschaftsartikel einberufene Versammlung wies im Flichschen Gesellschaftshaus eine Teilnehmerzahl von 200 auf. Überall riefen die Ausführungen der Referenten stürmische Zustimmung hervor.

Wichtig war die Beteiligung in Charlottenburg. Die vier anberaumten Versammlungen waren sämtlich überfüllt und nahmen an der im Volkshaus einberufenen Versammlung ungefäh-

1200 Maurer, Puher und Zimmerer teil. Die Versammlung der Bauarbeiter wies eine Beteiligung von 500 Personen auf, die der Holz-, Handels- und Transportarbeiter von 550 bis 600 und die der Maschinisten, Geiger, Porzellanarbeiter, Metallarbeiter circa 600 Teilnehmer. Sicher eine Beteiligung, wie sie Charlottenburg bisher noch nicht verzeichnen konnte.

An der Gewerkschaftsversammlung Schöneberg nahmen über 1500 Personen teil, die, zum nicht geringen Teil aus Frauen bestehend, den trefflichen Ausführungen des Genossen Neger großen Beifall schloßen.

Geradezu überraschend war die Teilnahme in Groß-Lichterfelde-Lantow. Hier haben über 1000 Genossen durch Arbeiterruhe den Tag festlich begangen. Zuposante Versammlungen wiesen weiter auf: Adlershof, wo sich in der Morgenversammlung über 800 Personen einfanden, desgleichen Alt-Gliende. Die zwei in Romwes-Neuendorf einberufenen Versammlungen waren von 900 und 800 Teilnehmern besucht. Heuliche Berichte liegen vor aus Marienfelde, wo Tische und Stühle entfernt werden mußten, um die Einlassbegehrenden zu fassen. Selbst in den kleinsten Orten, wo früher von einer nennenswerten Maifeier nicht die Rede war, ist die Beteiligung dieses Jahr vorzüglich gewesen. In Teltow lauschten etwa 500 Teilnehmer den trefflichen Ausführungen des Genossen F. Wille. Heuliche Berichte liegen vor aus Steglitz, Friedenau, wo noch zahlreiche Neuaufnahmen zur Organisation wie auch Abonnement auf den „Vortwärts“ gemacht wurden, Britz-Vulow, Echnr und Königs-Wupperdauen. Die am Nachmittag begangenen Festlichkeiten sämtlicher Orte verließen in ruhiger und würdevoller Weise.

In Köpenick gestaltete sich die Feier zu einer imposanten Kundgebung. Die Versammlung war von über 3 000 Personen besucht; der große Saal mit den angrenzenden Nebenräumen und dem Garten war vollständig überfüllt. Außer der allgemeinen Resolution gelangte noch eine Sympathieerklärung für die sich im Auslande befindlichen Arbeiter der Belfirma Spindler zur Annahme. Besonders imposant verlief das Maifest in Baumshuldenweg. Das von den Genossen zum Schluß arrangierte Feuerwerk wurde wahrscheinlich seiner Gefährlichkeit wegen — von der Polizei unterjagt. Von einer noch nie in solchem Umfange wie gestern stattgefundenen Maifeier wissen die Zehlendorfer Genossen zu berichten. Am Nachmittag war der große prächtige Garten des Neuen Gesellschaftshaus von einer fröhlichen Menge angefüllt. Musikstücke wechselten mit Gesangsvorträgen des Gesangsvereins „Edo“. Das anhaltend schöne Wetter ermöglichte, daß die Musik den ganzen Nachmittag ihre Weisen im Garten ertönen lassen konnte. Daburch wurde den fünf Polizeibeamten, die zum Schutze der Zehlendorfer Parteigenossen kommandiert waren und ständig in der Umgebung des Gartens zu patrouillieren hatten, ihr sonst nicht sehr geistreicher Dienst immerhin etwas annehmlicher gestaltet.

Die Wilmersdorfer Genossen muhen, da ihnen am Orte gegenwärtig kein Lokal zur Verfügung steht, ihre diesjährige Feier in Schöneberg abhalten. In dem Saale „Wilmersdorf“ fanden sich trotzdem etwa 500 Teilnehmer ein, die zum großen Teil in geschlossenen Zuge von Wilmersdorf nach Schöneberg gegangen waren. An das Referat des Genossen Dörfle schloß sich eine Diskussion, die die für die Wilmersdorfer Bewegung so außerordentlich brennende Lokalfrage betraf.

In Wilmersdorf selbst veränderte in den frühesten Morgenstunden von der höchsten Spitze des vornehmsten Hauses, Kaiserplatz 14, eine ungefähr 3 Meter lange rote Fahne den Weltfeiertag. Mit großen Leitern war zu lesen: „Hoch der Wölter Mai!“ „Hoch das freie Wahlrecht!“ Gegen 1/2 9 Uhr kam die Polizei aus dem gegenüber gelegenen Revier und bemächtigte sich im Sturmschritt des Hauses. Nach einer halbstündigen schweren Arbeit war die im Winde flatternde Fahne entfernt, und Wilmersdorf erschien gerettet.

Die Parteigenossen von Nieder-Schönebeck, Johannistal und Rudow hielten ihre gutbesuchte Maiversammlung im Restaurant Saffelwerder ab.

Auch im Kreise Niederbarnim ist das Fest der Arbeit in einem Umfange gefeiert worden, wie man es vorher nicht geahnt hätte. Die brennende Frage der Tagesordnung traf in allen Orten Hunderte und oft Tausende begeisterte und kampfesfrohe Zuhörer. Ein Ort trat in diesem Kreise auffällig in die Erscheinung: Tegel mit 2500 Teilnehmern. Was man noch vor einem Jahre nicht glaubte, — diesmal ist es zur Tatsache geworden, daß 1/2 der Arbeiterschaft von der alten Firma Wozsig den Weltfeiertag durch Arbeiterruhe beging und für die Klassenforderungen des Proletariats in der Versammlung den Schwur begingen. Früh 7 Uhr begann bereits das arrangierte Frühkonzert, während um 10 Uhr etwa 2500 Versammlungsteilnehmer (nur aus dem Vorigen) den Ausführungen des Genossen Wahn jubelnden Beifall spendeten. Man nahm besonders zu dem Breslauer Musik und den Aufführungen in Breslau, Dresden, Rachen und anderen Orten Stellung und drückte den kämpfenden Brüdern Gräße brüderlicher Sympathie aus. Diese Kundgebung wird sicher für die betreffenden Orte von großem Eindruck sein. — Die allgemeine Gewerkschaftsversammlung tagte in dem Lokal von Klippenstein. Außerordentlich zahlreich wurde die Versammlung in Lichtenberg besucht. In dem geräumigen Saale des „Schwarzen Adlers“ referierte Genosse Jakobien vor circa 1600 Personen. Die gleiche Teilnehmerzahl wies Rummelsburg-Vorhangen auf, die sich in dem geräumigen Saale des Restaurants „Velleue“ und seinen Nebenräumen eingefunden hatten. Diese Versammlung nahm zu Beginn von dem schmerzlichen Verlust des dahingegangenen Genossen Gebauer Kenntnis und hörte alsdann den Ausführungen des Genossen Arthur Schmidt mit großer Anbacht zu. Die von der Pankower Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung wies 700 Teilnehmer auf, die außer der bekannten Resolution noch eine scharfe Protestklärung gegen das Verhalten der Breslauer Polizei annahm. Eine große Teilnehmerzahl, viel aus Frauen bestehend, wies Mahlsdorf auf, wo am Nachmittage Genosse Stadthagen unter jubelndem Beifall der Versammlung referierte. Gleichfalls Bernau mit etwa 700 Versammlungsbesuchern, Oranienburg mit 600 Teilnehmern. Von großem Umfange der Feier wies Reinickendorf zu berichten; außerdem Friedrichsfelde und Herzfelde. Die Nachmittagsfeier verlief, nach den bisher vorliegenden Nachrichten zu urteilen, unter imposanter Teilnahme in würdevoller Weise.

## Brandenburg.

In der Provinz, wo die Wellenschläge des öffentlichen Lebens weniger stark anfliegen als in Industriezentren, hatte man die Kraft der Maifeier unterschätzt. Die Beteiligung, die Arbeiterruhe in diesem Jahre ließ die Voraussetzungen weit hinter sich zurück. Und alle, alle vom Massenbewußtsein Erfassten wollten dabei sein. Nicht ist die Maifeier eine Formal, sie ist der Ausdruck einer lebendigsten, festhaften Idee, eines bewußten Willens. Charakteristisch für die Stimmung ist die Feier im Sanatorium Gätgörog. Die Patienten versammelten sich morgens 8 Uhr in Stärke von 85 Personen unter der großen Linde des herrlichen Parkes. Zwei Genossen wiesen auf die Bedeutung des 1. Mai hin und die aus den Patienten ausgebildete Musikkapelle ließ entsprechende Weisen ertönen. Ein Rundmarsch durch den Park beschloß die würdige Feier.

Potsdam hatte eine Maifeier wie noch nie. Zwei Vormittagsversammlungen fanden statt, zu denen sich 1100 Personen eingefunden hatten. Die Genossen Stab und Silber Schmidt referierten. Die Festrede in der Abendversammlung hielt G. A. Meyer. Ein Unternehmer maßregelte neun Metallarbeiter.

Sehr stark war die Beteiligung in Brandenburg. Die Morgenversammlung war ganz außerordentlich gut besucht, und brachten die Anwesenden den Worten des Genossen Frankel große Aufmerksamkeit entgegen. An dem Nachmittagsausflug beteiligten sich mehr als 1000 Personen. In drei Festveranstaltungen fanden sich am Abend so zahlreiche Teilnehmer ein, daß der Besuch den der Demonstrationenversammlungen vom 21. Januar und 18. März

noch übertraf. Es sprachen die Genossen Freiwaldt-Pantow, Bernstein-Berlin und B. Siering-Berlin.

In Guben hatten in diesem Jahre die Gewerkschaften zum erstenmal den Versuch einer Vormittagsversammlung unternommen. Mit Erfolg! Sie nahm einen über alles Erwarteten glänzenden Verlauf. Ueber 300 durch Arbeitsruhe feiernde hatten sich zum gemeinsamen und nach dem stürmischen Beifall den stimmungsvollen Vortrag des Genossen Larnow-Berlin entgegen.

**Zeuthen.** Es kann konstatiert werden, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe beging. Am Mittag war die Arbeitsruhe fast allgemein. Eine Versammlung wie die diesjährige Maiversammlung haben die Genossen am Orte noch nie erlebt. In feierlichem Vortrag geistelte Genosse Runge-Berlin die Dreieinigkeit: Kapitalismus, Klassenwahl und Völkerverfall.

**An 2000** feiernde demonstrierten in Lützenwalde. Der Raiting drückte der Stadt den Stempel eines allgemeinen Feiertages auf. Das Versammlungsort konnte die Zustromenden nicht fassen, viele Hunderte mußten mit Plagen im Garten vorlieb nehmen.

**In Westen** inszenierten die Unternehmer einen kleinen Macheakt. Die Arbeiter beriefen in großartiger, imposanter Weise. In sämtlichen Fabriken ruhte die Arbeit, die Arbeiter schickten sich bis Sonnabend abend ausgesperrt. Die Versammlung am Vormittag, in welcher Dr. Liebkecht unter lechhaftem Beifall referierte, war von 800 Personen besucht. Die Nachmittags- und Abendveranstaltungen wiesen der allgemeinen Arbeitsruhe entsprechend einen starken Besuch auf.

**Mathenow.** Ein Aussperrungsbeschuß des Arbeitgeberverbandes hat hier das Gegenteil von dem bewirkt, was die Scharmacher erhofften. Die Vormittagsversammlung, in der Heinz Marg referierte, war überfüllt. Noch großartiger war die Beteiligung an den Nachmittagsversammlungen. Abends sprach in überfülltem Lokal Peus.

Auf mehrere Hundert war diesmal die Zahl der Demonstranten in Ranneburg, wo früher 8-10 feiernde zusammenkamen, angewachsen. Genosse Schubert-Berlin sprach in Straußberg vor einer Zahl feiernder, wie sie hier bisher noch nicht zusammen kamen. — Fürstewalde glänzt in diesem Jahre mit 7-800 Macheaktanten, eine Zahl, die die frühere Beteiligung weit hinter sich läßt. Genosse Küter-Berlin referierte. — Prädigt verlaufen, über Erwartung stark besuchte Versammlungen fanden noch statt in Caputh, wo Gen. Schinke referierte. In Fichtelberg waren die Versammlungen auch von Frauen sehr gut besucht. Aus Kirchhain, Senftenberg, Marzisch, Werder, Albenstedt, Kottbus, Rauen, Jülichau, Schwedt usw. wird über gegen die vorgängigen feiernden Beteiligung berichtet. Ueberall wurde die von der Partei und der Gewerkschaft gemeinsam vorgeschlagene Resolution widerspruchslos angenommen. An manchen Orten konnte man bei der Polizei etwas nervöse Unruhe bemerken, es kam aber nirgends zu Störungen.

### Schlesien.

Aus den schlesischen Orten schlen bisher nähere Berichte. In Breslau scheint die Polizei wieder Ordnungsterrorin gespielt zu haben. Es wird und telegraphisch von dort gemeldet:

**Breslau, 1. Mai.** Die Versammlung, in der Genosse Albert referierte, wurde aufgelöst und Albert verhaftet.

### Ost- und Westpreußen.

**In Königsberg** ist wohl noch in keinem Jahre der 1. Mai so intensiv durch Arbeitsruhe gefeiert worden, wie diesmal. In sämtlichen Tischlereien mit weit über 1000 Tischlergesellen ruhte die Arbeit. Eine Holzbearbeitungsfabrik mit ca. 250 Arbeitern und Tischlern feierte. Auf den Holzplätzen und Schneidemühlen der Firma Lewandowski legten früh morgens ca. 200 Arbeiter die Arbeit nieder und traten damit gleichzeitig in eine Lohnbewegung. Am Hafen ruhte die Arbeit vollständig. 450 Hafenarbeiter marschierten geschlossen durch die Stadt nach dem Versammlungsort und nach Schluß der Versammlung ebenso ruhig wieder zurück. Sie veranstalteten für sich zum Erlaunen vieler Spießbürger eine Straßendemonstration. Auf vielen Dauten ruhte gleichfalls die Arbeit. Nur wo die christlichen Arbeitswilligen in der Mehrzahl sind, wurde gearbeitet. Auch eine Anzahl kleinerer Branchen wie Maler, Sattler usw. hielten vollständige Arbeitsruhe.

An der Morgenversammlung nahmen in dem vollständig ausgedünnten Saal dichtgedrängt ca. 1500 Personen teil. Ebenso viele bewegten sich in dem großen Garten und noch immer neue Massen strömten herbei, so daß man die Zahl der männlichen Besucher gut auf 3500 schätzen konnte.

Die stark vertretene Polizei bestand darauf, daß ein an den Eingängen zum Garten angebrachtes Transparent: „Nieder mit der Knechtschaft“ entfernt werde, weil es da draußen aufreizend wirken könne, im Saale wollte sie es dulden. Sonst fand keine Störung statt. Nachmittags war Familienfest, abends abermals eine gewaltige Volksversammlung.

Aus den übrigen größeren Orten Ost- und Westpreußens wird ebenfalls erfreulicher Verlauf der Feiern gemeldet. **In Memel, Litsa, Danzig** und Elbing fanden Morgen- und Abendversammlungen statt, in Rastenburg, Ragnit, Graudenz und Thesau Abendversammlungen. In Gumbinnen mußte die Feiern schon am Sonntag abgehalten werden, auch in Rastenburg fanden außer der Versammlung am Dienstag für die außerhalb des Ortes wohnenden Landarbeiter zwei Versammlungen am Sonntag statt.

### Hamburg.

Nach vorläufiger Meldung — der Bericht unseres Korrespondenten steht noch aus — war auch in Hamburg die Beteiligung an der diesjährigen Maifeier eine weit größere als in dem Vorjahre. Der Demonstrationzug hatte eine riesige Ausdehnung. Die Arbeiter des Baugewerbes, die Maler, Schuster, Schneider, Schmiede feierten fast ohne Ausnahme. Auch viele Metall- und Hafnarbeiter ließen die Arbeit ruhen. Die Reeder und Stauer (Schiffverleger) sind über diese Nichtbeachtung ihrer Drohungen erbittert; sie wollen ihre Arbeitsflaben, wie nachstehendes Telegramm meldet, auf zehn Tage aussperrn:

**Hamburg, 1. Mai.** Der Verein Hamburger Reeder, die Vereinigung Hamburger Schiffsmakler und Schiffagenten und der Verein der Stauer in Hamburg-Altona von 1888 erlassen eine Bekanntmachung, derzufolge wegen des Umstandes, daß die überwiegende Mehrzahl der Schauerleute aus Anlaß der sozialdemokratischen Maifeier heute nicht zur Arbeit erschienen ist, die vorher angekündigte Aussperrung der feiernden Arbeiter bis zum 11. Mai in Kraft tritt.

### Bremen und Oldenburg.

**In Bremen** nahm die Feiern einen glänzenden, also früheren übertreffenden Verlauf. In sieben Versammlungen hatten sich morgens 6000-7000 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesunden. Die Arbeitsruhe machte einen erstaunlichen Eindruck nach vorwärts. Neben einer Reihe kleinerer Betriebe wurden die Wert-Altien-Gesellschaft „Weser“ sowie die Norddeutsche Armaturen- und Maschinenfabrik hoch gelegt. Nur die Lehrlinge, Bolontäre und einige alte Arbeiter traten morgens zur Arbeit an.

Dieser erfreuliche Fortschritt ist den — Scharmachern an der Unterwerfer zu danken, die durch ihre Aussperrungswut die Arbeiter zusammenschweißte.

Die Maurer hatten beschlossen, allgemein die Arbeit ruhen zu lassen und diesen Beschluß, soweit sich übersehen läßt, auch strikte durchzuführen.

Aus **Vant-Wilhelms-Haven** wird berichtet: Die Feiern für das Amt Nürtingen und die Stadt Wilhelms-Haven war wieder eine imposante und würdige. Der Festzug, welcher sich nur auf oldenburgischem Gebiet bewegte und das preussische aus nabegelegenen Gründen nicht, wies über 2000 Teilnehmer mit fünf Musikkapellen auf. Auch viele Frauen beteiligten sich. Die Kaiserl. Werftarbeiter

konnten nicht feiern, nahmen die Gelegenheit aber zum großen Teil wahr, den erhebenden Festzug sich anzusehen. Abends fanden drei gewaltige überfüllte Versammlungen statt.

### Schleswig-Holstein.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Dem ohnehin von Jahr zu Jahr hier an der Waterkant immer siegreicher vordringenden Macheakt hat dieses Jahr die Wahlrechtspartole noch einen besonders wichtigen Schwung verliehen. Sowohl was den Umfang der feiernden Proletariermassen, als auch ihre begeisterte, echt maitenfrohe Stimmung anlangt, stellt der diesjährige Maitag hier in Kiel seine Vorgänger weit in den Schatten. Die Mehrzahl der Gewerkschaften, voran die Bauhandwerker aller Kategorien und von den Metallarbeitern die Schlosser und Klempner, ferner die Schneider, Schuhmacher, Maler und viele andere hatten vollständige Arbeitsruhe beschlossen und, wie die Kontrolle beweist, die Beschlüsse musterhaft durchgeführt. Von den Angehörigen der übrigen Berufe feiern durchweg namhafte Bruchteile. Dem öffentlichen Leben brüht der 1. Mai seine Signatur auf, besonders durch die Feiertagsruhe, die auf den zahlreichen Neubauten herrscht. In den Arbeitervierteln sind die Straßen okkupiert von sonntäglich gekleideten Arbeitertrupps, die in slottem Tempo, helle Freude und selbstbewußten Stolz über den selbstgeschaffenen Feiertag im Gesicht, die rote Rose oder die Feuermulle im Knopfloch, den Versammlungsorten zufrommen.

Die Vormittagsversammlungen werden dieses Jahr zum erstenmal in vier, statt, wie früher, in zwei und drei, und zwar den größten Etablissements der Stadt abgehalten und sind durchweg brillant besucht. Zumal der Riesensaal des „Englischen Gartens“ ist geradezu lebensgefährlich überfüllt. Eine Heerschau von ähnlich überwältigender Stärke hat der Saal höchstens am 21. Januar erlebt. Ebenso großartig verliefen die übrigen drei Versammlungen. Die Gesamtzahl der Teilnehmer betrug 7000 bis 8000 Mann.

Nachmittags fand ein gemeinsamer Ausflug nach dem benachbarten Winterbel statt, an dem sich wiederum die Feiertenden mit ihren Familien in großen Massen beteiligten und dem auch der zeitweilig den prächtigen Frühlingssonntag unterbrechende Gewitterregen keinen Abbruch tat.

Für die Abendfestlichkeiten sind die fünf größten Säle der Stadt bereit gestellt. Hier werden vor allem die Arbeiter der Werften, und besonders diejenigen der „Kaiserwerft“, auch dieses Jahr wieder durch vollständige Erscheinungen ihre Zugehörigkeit zum proletarischen Weltteil bekunden.

Daß es in der Reichsmarinehauptstadt mit der sozialdemokratischen Freiheitsbewegung mächtig vorwärts geht, beweist schon die Tatsache, daß in dem Zeitraum vom 18. März bis Mitte April die politische Organisation um circa 700 Mitglieder zugenommen hat. Der 1. Mai 1906 ist ein weiteres imponierendes Symptom dieser Entwicklung nach aufwärts.

Auch in den übrigen in Betracht kommenden Orten der Provinz ist die Feiern prächtig verlaufen, fast überall wird ein Fortschritt des Umfangs der Arbeitsruhe konstatiert. Garburg meldet: Dreitausend Personen waren vormittags in und vor den beiden großen Lokalen versammelt. Auf allen Dauten, in vielen Werkstätten und anderen Betrieben ruhte die Arbeit fast vollständig. Die Bauhandwerker, Metallarbeiter, Tischler und andere Gewerkschaften hatten beschlossen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, und daran hat sie auch der brutale Beschluß der Oberscharmacher, die Feiertenden 10 Tage auszusperrn, nicht gehindert. Nach den Versammlungen fand ein Massenparadepaziergang durch die Straßen statt.

**In Elmshorn** waren 520 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in der Vormittagsversammlung; mehrere Betriebe lagen ganz still. In Lauenburg feierten allgemein Maurer, Zimmerer, Böttcher, Schiffszimmerer, Holzarbeiter, teilweise Fabrikarbeiter und Metallarbeiter. Eine Hündholzwarenfabrik ruhte den ganzen Tag. **Itzehoe** meldet glänzenden Verlauf, überfüllte Versammlungen.

### Hessen-Rassau.

**In Frankfurt a. M.** ist die Feiern prächtig verlaufen. Sieben Vormittags-Versammlungen waren von circa 5-6000 feiernden besucht. Die drohende Bierereiausperrung und der Streik der Scharmacher trugen viel zur Belebung der Feiern bei. Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Schuhmacher ließen die Arbeit vollkommen ruhen; ebenso ein Teil der Metallarbeiter. In Höchst fand eine Vormittags-Versammlung statt, die von 600 Personen besucht wurde. Holzarbeiter hielten dort ebenfalls vollständige Arbeitsruhe. In Kellheim i. Taunus war die Vormittags-Versammlung von 300 Personen besucht. Außerdem fanden abends in verschiedenen Orten Versammlungen statt.

(Schluß in der Beilage.)

## Die Revolution in Rußland.

**Riga, 30. April.** (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Eine große Bande Revolutionäre, die mit Gewehren bewaffnet waren, machte einen Angriff auf das Bezirksamtsgebäude des in der Nähe von Riga gelegenen Ortes Udrow Stoline, zündete das Gebäude an und zerstörte es vollständig mit allem, was darinnen war. Sämtliche Mitglieder der Bande sind entkommen.

**Petersburg, 1. Mai.** (Von einem besonderen Korrespondenten.) Verschiedene Blätter verzeichnen heute abermals das Gerücht vom Rücktritt Wittes. Das „Arbeiten“-Organ „Rjetsch“ faßt den Rücktritt als Tatsache auf und bezeichnet Wittes Entlassung vom Regierungspunkt als Verlust der letzten Chance, sich mit dem Volke zu verständigen, da ein geeigneter Ersatz für Wittes nicht vorhanden sei. Die Faktion der Opposition werde durch Wittes Rücktritt vereinfacht; von Durnowos veralteter Politik seien wenigstens nicht fortwährend Ueberrassungen zu erwarten. Kotschew, der von seiner Reise nach dem Auslande zurückgekehrt ist, wurde gestern noch in später Nachstunde nach Jarosloje Sjele befohlen.

**Petersburg, 1. Mai.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Rechtsanwält Margolin erhielt heute aus Berlin einen gewissen Brief, der die in dem früheren Briefe in Aussicht gestellte Hebertragungsurkunde über 1200 Rubel enthielt. Margolin ist überzeugt, daß Gapon von Revolutionären ermordet worden ist. — Einer hiesigen Zeitung ging heute ein von einem Mitgliede des „Gerichtshofes der Revolutionäre“ unterzeichneter Brief zu, in dem erklärt wird, Gapon sei als ein Verräter getötet worden. Verschiedene Anzeichen legten die Vermutung nahe, daß der Mord in Finnland verübt worden ist.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai.

### Bier und Tabak.

Mit 146 gegen 113 Stimmen nahm der Reichstag die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Brausteuern an. Abwälzung der Steuer auf den Konsumenten, Verschlechterung des Bieres, Vermehrung des Schnapsgenusses, Vernichtung der kleinen und mittelgroßen Brauereien werden die Wirkungen dieser Steuer sein. Das sollte nochmals Genosse v. Volkmann (Hagen) auseinander setzen. Für die hiersteuerlose Mehrheit verschlug das alles nichts. Für sie ist der Gedanke treibend: Welche Steuer kann der minder wohlhabenden Bevölkerung auferlegt werden, um Steuern auf große Einkommen und Vermögen zu entgehen? Ein sozialdemokratischer

Antrag, der verhindert, daß auch der nach Abschluß des Brauverfahrens dem obergärigen Biere zugelegte Zucker der Brausteuern unterliege, fand einstimmige Annahme. Eine längere interessante Debatte entspann sich gegen Schluß der Sitzung über den Antrag unserer Genossen, die kommunale Bierbesteuerung vom 1. April 1910 ab in Fortfall zu bringen. Die Zentrumsabgeordneten Erzberger, Werfenberger und Spahn führten in wunderbaren Kopriolen Scheingründe gegen den Antrag an. Im Eifer des Gefechtes gab der Zentrumsabgeordnete Erzberger zu, daß die vom Zentrum bewilligten Zölle auf notwendige Nahrungsmittel diese selbst verteuern. In Verlegenheit nach stichhaltigen Gründen gegen die Aufhebung der kommunalen Bierbesteuerung führten die Herren die alte Mär vor, daß Sozialdemokraten in Kommunen die Biersteuer eingeführt hätten. Die Genossen Singer und Hilbenbrand sorgten für eine gründliche Abfuhr. Noch böser als das Zentrum schnitten in der Debatte die Nationalliberalen ab. Der Abg. Wäging gab die theoretische Möglichkeit des sozialdemokratischen Antrages zu, die nationalliberale Praxis führt aber auch in diesem Falle dazu, gegen theoretisch begründete Forderungen zu stimmen. Als gelehriger Schüler des Zentrums suchte Wäging ganz nach deren Muster zu arbeiten. Da die Bierlegenden über Jütch und Feuerbach von unseren Genossen zerstört waren, erforderte eine neue Biersteuer — für Berlin. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, sowie der Antisemiten, Polen und Freisinnigen abgelehnt. Ohne Debatte wurde dann sang- und klanglos in der achten Nachmittagsstunde die Tabaksteuer vorlage begraben. —

### Die Schlepenträger der Reaktion.

Die „Voss. Zig.“ kann sich nicht beruhigen über die Darmstädter Stichwahlparole. Daß der Ausschuß der „Vereinigten Liberalen“ in Darmstadt die Wähler aufgefordert hat, lieber für den Sozialdemokraten, als für den Nationalliberalen einzutreten, will ihr nicht in ihr mugdanisiertes Freisinnshirn. Sie wiederholt dagegen die „dringende Mahnung“ an die freisinnigen Wähler, am 4. Mai für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Ob er siege oder nicht; sie habe dann wenigstens gegen eine Wahlparole protestiert, die selbst der ehemalige Parteisekretär der Nationalsozialen als unheilvoll bezeichnet habe.

Die „Voss. Zig.“ hat nämlich selbst im nationalsozialen Lager einen Verteidiger ihrer reaktionären Stichwahlwünsche gefunden. Herr Wenzel, der ehemalige Sekretär der Nationalsozialen, der noch im „Fabrik-Jahrbuch“ für 1905 einen von Herrn Raumann sehr gelobten Abriss der nationalsozialen Parteigeschichte gegeben hatte, hat sich nämlich dahin ausgesprochen, daß gegenüber der Sozialdemokratie alle parteipolitischen Differenzen im bürgerlichen Lager zu ignorieren seien. Es handle sich einfach darum, ob nicht ein Nationalliberaler einem radikalen Sozialdemokraten vorzuziehen sei.

Die Verantwortung dieser Frage müßte zur Unterklärung der Kandidatur des Dr. Stein treiben. Jetzt, wo dies nicht erfolgt ist, hat man von linksliberaler Seite aus schwer gesündigt und auf parteipolitischem Gebiet eine Situation geschaffen, die der so dringend notwendigen Einigung des Liberalismus die größten Schwierigkeiten bereiten wird. Die Konservativen, die Agrarier und das Zentrum werden die größte Freude haben an dieser unheilvollen Stichwahlparole.

Wir wollen uns vorläufig damit begnügen, diese Symptome für das Zusammengehörigkeitsgefühl aller bürgerlichen Elemente zu der einen reaktionären Masse zu verzeichnen und den Ausfall der Stichwahl abwarten! —

Die abgehauene Hand, die zu Breslau von der „Umsicht“ und der „Befonnenheit“ der Polizei zeugt, wird von der Breslauer „Schlesischen Morgenzeitung“ frischweg aus der Welt gelungen. Das Blatt behauptet, es sei auf Grund genauer Untersuchung festgestellt, daß der Schumann 145, der, wie die „Vollwacht“ behauptet habe, die Hand abgehauen haben sollte, gar nicht im Augenblick beschäftigt wird, sondern während des Krawalls im Bureau geessen hat. Ferner sei Wiewald nicht die Hand abgehauen worden, sondern zerhauen, und zwar von einem berittenen Schumann aus dem Grunde, weil Wiewald dem Pferde in die Hängel gefallen sei. Die Hand sei schließlich im Hospital abgenommen worden. Die Behauptung der „Vollwacht“, die „abgehauene Hand“ sei von Arbeitern aufgehoben und in die Redaktion des Blattes gebracht worden, stelle sich somit als frecher Schwindel heraus.

In diesem angeblichen Resultat der „genauen Untersuchung“ ist zu bemerken: 1. Der Breslauer Polizeibericht selbst hat gemeldet: „Am schwersten verletzt wurde ein Arbeiter, dem durch einen unglücklichen Zufall die Hand abgehauen wurde.“ 2. Die „Breslauer Volkskraft“ hat niemals behauptet, daß ihr die abgehauene Hand in die Redaktion gebracht worden sei. 3. Die „Breslauer Volkskraft“ hat schon vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die Täterschaft des Schumannes 145 bestritten wird, daß dann aber ein anderer Polizeibeamter in Frage kommt.

Danach beurteile man die Zuverlässigkeit des Dementis der „Schlesischen Morgenzeitung“, beurteile man, auf welcher Seite die „Lügenmärchen“ sind.

### Unkenntnis des Vorhanges der Steuerkommission.

Der Abgeordnete Wäging behauptete in der gestrigen Reichstags-Sitzung, die Berliner Stadtverwaltung hätte trotz der freisinnigen und sozialdemokratischen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Erhebung einer Biersteuer zugestimmt. Der Abgeordnete Singer legte sofort dar, daß noch niemals die Stadtverordneten einen solchen Beschluß gefaßt und daß für Berlin eine Biersteuer nicht besteht. Abgeordneter Wäging zog nach dieser Abfuhr seine erste Behauptung zurück, stellte nun aber eine neue falsche Behauptung dahin auf, die Berliner Stadtverwaltung habe einer Braumalzsteuer zugestimmt. Ein Ruf von sozialdemokratischer Seite wies auch die Aussucht des Abg. Wäging als verfehlt zurück. Wegen der späten Sitzungsstunde hielt man es nicht für angebracht, dem Steuerkommissionsvorsitzenden eine ausführliche Belehrung über die Braumalzsteuerverhältnisse zu erteilen. War auch gut so. Indessen ist es wohl angebracht, um die Wägingische Legende, die von konservativen und ultramontanen Blättern schon eifrig folportiert wird, zu zerstören, kurz die wirkliche Sachlage und den zutreffenden Tatsachenzustand darzulegen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat noch niemals eine Braumalzsteuer beschlossen und ist dazu nach der Gesetzgebung auch nicht in der Lage. Die Braumalzsteuer ist eine Staatssteuer, eingeführt durch das preussische Gesetz vom 8. Februar 1810; sie beträgt 2 M. vom Zentner Braumalz. Von diesem staatlichen Steuer ist durch Kabinettsorder vom 22. Dezember 1820 der Stadtgemeinde ein Zuschlag von 50 Pf. vom Zentner Braumalz überwiesen. Diese Kabinettsorder und das Braumalzsteuergesetz zu ändern, ist die Stadt Berlin nicht berechtigt. Will der Abgeordnete Wäging dafür eintreten, daß der Berliner Stadtverwaltung das Recht zugelegt wird, Kabinettsordern (Ältere oder Jüngere) zu ändern oder aufzuheben — und wäre es recht. Die Einnahme aus dem Braumalzsteuernzuschlag beträgt für das laufende Etatsjahr (nach Abzug von 5 Proz. Erhebungslostenbeitrag für die Staatskasse) 750 000 M. —

Reichstag.

91. Sitzung vom Dienstag, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Schr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der

Änderung des Brauereigesetzes.

Zur Diskussion steht § 3a und der Abänderungsantrag Sped, dessen zweiter Abzug zurückgezogen ist.

Abg. Graf Mielzynski (Polen) macht Ausführungen allgemeiner Art über Steuer- und Vollenfragen.

Präsident Graf Stoltenberg weist den Redner darauf hin, daß jetzt nicht Generaldebatte, sondern Spezialdiskussion über § 3a sei.

Abg. Graf Mielzynski (Polen) erklärt sich nachdrücklich gegen § 3a, gegen welchen die Brauer noch viel energischer als bisher protestieren müßten. Es ist eine Unmoral, dem kleinen Mann sein Glas Bier zu verteuern und ihn auf den Schnapsgegnen hinzuweisen. (Beifall bei den Polen und links.)

Abg. Kopych (fr. Sp.): Der Bericht der Kommission läßt nicht erkennen, wer eigentlich die Steuer zahlen soll. (Sehr richtig.) So lange die Regierung und die Kommission das nicht weiß, sollte man die ganze Frage vertagen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Der Reichssekretär erklärte in der Kommission, es komme nur darauf an, daß das Geld überhaupt bezahlt werde, gleichgültig von wem; der preussische Finanzminister dagegen meint, eine Verteuerung der Preise werde nicht eintreten, Brauer und Gastwirte würden die Steuern zahlen. Das deutsche Gastwirtsgebet ist ein durchaus ehrenwerter Stand, dem nichts nachgesagt werden kann. (Sehr richtig! links.)

Wie verhält sich übrigens das Westfalen, den Gastwirtsstand zu ruinieren, mit der bekannten Mittelstandsresterei? Mittelstandsfreundlichkeit beweist die konservative Partei in Worten, Mittelstandsfeindlichkeit in ihren politischen Taten. Mit ihren ungemessenen Ausgaben für die Sozialpolitik müssen Sie freilich nach neuen Steuern suchen, und es ist gut, daß Sie von dieser Zukunft den Schleier schon gelüftet haben. Aber die Brauer sollen nicht verzagen, sondern in ihrem „Entstützungsrunde“ fortfahren, sie finden dabei die Unterstützung des Volkes; vor allem sollen sie dafür sorgen, daß im nächsten Reichstag die Herren (nach rechts) nicht mehr liegen. (Beifall links.)

Abg. v. Bollmar (Soz.): Der Abg. Gamp hat behauptet, die süddeutschen Abgeordneten könnten doch gar kein Interesse an einer Ablehnung dieser Vorlage haben, da sie sich doch nur auf das norddeutsche Brauereigebiet erstreckte. Diese Behauptungen beweisen mir, wie wenig der Herr die süddeutschen Verhältnisse versteht. —

Uebrigens eine Sache, die in diesem Hause gar nicht selten vorkommt. Tatsächlich haben auch die Sozialdemokraten in bayerischen Landtage gegen die bestehende bayerische Biersteuer gestimmt, wie sie gegen jede massenbelastende indirekte Steuer stimmen. Sodann ist es falsch, wenn man es so hinstellt, als ob die Süddeutschen an einer nur das norddeutsche Brauereigebiet betreffenden Steuer gar kein Interesse hätten. Wenn dieses Gesetz zur Annahme kommt, so müssen seitens der süddeutschen Staaten erhöhte Ausgleiche an das Reich gezahlt werden, seitens Bayerns z. B. 7 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich mache auch darauf aufmerksam, daß das keine Matrularbeiträge sind, die wieder rückgängig gemacht werden können, sondern eine bleibende Belastung darstellen. Bayern hat aber schon seinen bisherigen Verpflichtungen gegenüber dem Reich nicht nachkommen können, sondern hat sie sich stunden lassen. Die 7 Millionen, die in Zukunft mehr gezahlt werden sollen, müssen durch die bayerischen Steuerzahler aufgebracht werden. Da nun leider in Bayern das Bestreben herrscht, einen möglichst großen Teil des Budgets durch indirekte Steuern aufzubringen, so werden auch diese 7 Millionen wieder auf den Schultern der breiten Masse abgeladen werden. Im übrigen haben wir hier in diesem Hause nicht die süddeutschen Interessen wahrzunehmen, sondern die allgemeinen des Reiches. (Sehr richtig! links.)

Schon deshalb müssen auch wir süddeutschen Abgeordneten gegen die Vorlage stimmen. Aus den Ausführungen der verschiedenen Herren Redner, die zugunsten des § 3a der Vorlage sprachen, klang nur immer der eine Ton heraus: das Reich braucht mehr Einnahmen. Statt nun aber diese Mehreinnahmen durch direkte Steuern aufzubringen, zeigen die herrschenden Klassen auch bei dieser Gelegenheit wieder keinen Ehrgeiz, die großen neuen Mehrausgaben des Reiches, für die leider auch die Partei des Herrn Vorredners zum Teil eingetreten ist, aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Man hat, wie stets, so auch jetzt wieder eine schöne Form gefunden: nicht der Egoismus der herrschenden Klassen, sondern „föderalistische Bedenken“ sollen der Grund sein, daß keine direkten Steuern beschlossen werden. Es ist natürlich nicht angenehm, nachdem man bei den Wahlen so große Versprechungen gemacht hat und nachdem man kaum erst mit den Zollverträgen eine große neue Belastung beschlossen hat, zu gestehen zu müssen, daß man auf dem alten Wege fortgehen müsse. Daher wendet man sauren Schwitz auf, um zu beweisen, daß mit dieser Neubelastung des Reiches überhaupt eine Belastung eigentlich gar nicht beabsichtigt sei. Mein Herr Vorredner hat schon gefragt und ich möchte diese Frage wiederholen: irgendwoher muß das Geld ja doch kommen, irgend jemand muß doch ganz offenbar die Steuer bezahlen, entweder der Produzent oder der Verteiler in diesem Falle der Wirt. Daß die Produzenten bereit sein werden, aus purem Patriotismus freiwillig die Kosten auf sich zu nehmen, das wird der stärkste Mann nicht glauben; ein Student im zweiten Semester der Nationalökonomie würde einem auslachen, wenn man ihm zumuten wollte, das zu glauben. Sie selbst wollen es ja durch die Staffelung verhindern, daß die mittleren und kleineren Brauer getroffen werden. Was aber die Staffelung bei der Biersteuer nicht, das haben wir in Bayern ja in jahrzehntelanger Erfahrung ausprobieren können. Der Effekt ist gewesen, daß die kleinen Brauer faste verschwinden und die großen Brauereien immer größer werden.

Kann etwas anderes. Darüber wird auch kein Zweifel sein, das ist auch gestern angedeutet worden, daß gerade die großen Brauereien in bezug auf Preisbildung und die sonstigen Verhältnisse ihres Gewerbes ausschlaggebend sind. Sie sind stark genug, ihre Interessen den mittleren und kleinen aufzubringen. Das heißt, sie zu zwingen, die Preise so zu legen, wie es im Interesse der großen Brauereien liegt. Das Ende wird also doch sein, Sie mögen sich drehen und wenden, wie Sie wollen, daß die Belastung auf den Konsum abgewälzt wird, entweder in der Form der Preis-erhöhung, indem man die Biermengen verkleinert, oder indem man das Bier einfach verschlechtert. Bei uns in Bayern ist das ja etwas schwieriger, während es in Norddeutschland ohne weiteres geht. Alle Interpellationen nützen aber nichts. Es ist ganz zweifellos, daß die Kosten auf die Konsumenten abgewälzt werden. Das wissen Sie (nach rechts) auch recht gut. Aus Ihren eigenen Reden kann man es heraus hören. Ein paar Redner der Mehrheit haben ja auch schon nach Gründen gesucht, die eine allenfalls eintretende Belastung entschuldigen könnten. Ja, sie haben sogar bereits eine stützliche Rechtfertigung für die Belastung gesucht. So hat Herr Dr. Weder gestern auf die gestiegenen Löhne der Arbeiter hingewiesen. Nun, seine Freunde haben mit der Mehrheit dieses Hauses in dem vergangenen Jahre gründlich dafür gesorgt, daß das Defizit der schweren Kämpfe, welche die Arbeiter um höhere Löhne geführt haben, wirklich zum großen Teil durch die Verteuerung aller Lebens- und Genussmittel wieder illusorisch gemacht ist. Herr Dr. Weder hat auch gesagt: Was ist denn das Bier? Entweder besteht es aus Extraktstoffen, — dann wären dieselben für das Volk viel zu teuer, oder aber aus Alkohol, — und dann wäre es schon gescheiter, gleich Schnaps zu trinken. Wäh hat es gar nicht gewundert, daß diese Neuerung des nationalliberalen Redners

Beifall bei den Herren der äußersten Rechten fand. So viel ist zweifellos, daß das Bier gegenüber dem Schnaps einen kolossalen Fortschritt darstellt, und daß, sobald der Biergenuss eingeschränkt wird, eine notwendige Folge nicht die Ausdehnung des Bäckertums, sondern des Schnapsgenusses ist, wovon dann die „Agrarier“, wie Herr Gamp meinte, auch mal Vorteil haben. Nun hat der preussische Finanzminister gestern gemeint, es werde überhaupt viel zu viel getrunken. Wenn aber die Regierung eine Steuer einführt, so doch nicht zum Abgewöhnen (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), um die Leute, die Bier trinken, an weniger Biertrinken zu gewöhnen, sondern umgekehrt. Wenn die Steuer durchgeht, liegt es im Interesse der Regierung, daß mehr Bier getrunken wird, damit mehr Geld einkomme.

Der Abg. Sped hat einen Antrag eingebracht, der zweifellos eine Abschwächung bedeutet. Schon jannert aber auch der Staatssekretär des Reichsfinanzamts, daß sein schönes mühsam zuwege gebrachtes Kompromiß auseinanderzugehen drohe. Der Reichssekretär hat gar nicht nötig, über diesen Geist sich so besonders zu erregen. Der Geist, von dem er gesprochen hat, wird bis zum Ende dieser Beratung über die Verhandlungen schweben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Sped hat nämlich seinen Antrag gar nicht so sehr böse gemeint. Das Zentrum ist nur hier in einer sehr ähben Lage vor dem Volk, dem ja von Windthorst, dem „Alten“, so etwas ganz anderes in Aussicht gestellt ist, dem auf das Allerdeutlichste und Unumwundelteste versprochen ist, daß der Belastung des Massenverbrauchs ein Ende gemacht werden sollte, während hier bei der ersten Gelegenheit das Zentrum in seine alte Sündenwirtschaft zurückfällt. (Heiterkeit.) Das Zentrum trägt, wenn es für die Kommissionsbeschlüsse nach Ablehnung seines Antrages stimmt, auch die Verantwortung dafür. Wir unfererlei werden dem Volke die wahren Gründe dieses ganzen Spiels klarmachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß noch eine einzige Bemerkung. Der Abg. Gamp sprach von einem Mangel an Einheit, der sich im Deutschen Reich zeigt, und meinte, daß die Einheitsfront die höhere süddeutsche Biersteuer für das übrige Reich nachahmenswert erscheinen lasse. Nun bin ich der letzte, der bestreiten möchte, daß in der Tat die deutsche Einheit sehr verschiedenes zu wünschen übrig läßt. Und ich weiß sehr genau, daß die Gründe dafür sehr mannigfaltig sind. Wenn Sie die deutsche Einheit fördern wollen, dann sollten Sie sich ein würdigeres Objekt aussuchen als die bayerische Biersteuer. (Lebhaftes Bravo! links.) Wenn Sie vom Süden etwas nehmen zu sollen glauben, dann führen Sie die Wahlrechte in den Norddeutschen Staaten ein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lernen Sie die Anfangsgründe des Konstitutionalismus von dort! (Lebhaftes Beifall links.) Das ist jedenfalls gescheiter, damit werden Sie auch dem deutschen Volke, von dessen Wohl in diesem Saale so viel die Rede ist, einen besseren Dienst leisten, als indem Sie seine Lebenshaltung herabdrücken und seine Langmut auf eine immer schwerere Schulddrücke stellen. (Lebhaftes langanhaltendes Beifall links.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel (auf der Tribüne vom Teil fürwer verständlich) polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners. Was Bollmar über die Ausgleichsbeiträge gesagt habe, sei unzutreffend.

Abg. Sped (Zent.): Der Staatssekretär sieht zu schwarz, wenn er von meinem Antrage eine Gefährdung der Reichsfinanzreform befürchtet. Mein Antrag sollte den Abgeordneten, die im Prinzip für die Brauereier sind, denen aber die Sätze der Kommission zu hoch sind, die Möglichkeit geben, sich zu äußern. Ein Teil der Mitunterzeichner meines Antrages wird auch im Falle seiner Nichtannahme für die Kommissionsanträge stimmen. — Ein paar Worte über Herrn v. Bollmar. Er erwiderte sich wieder für eine Reichseinkommensteuer. Eine solche Steuer wird unfraglich das Gleichgewicht der bayerischen Finanzen in Frage stellen, da die Einkommensteuer mehr noch als die Biersteuer ihr Rückgrat bildet und wenn Bayern einen Teil seiner Einnahmen aus dieser Quelle an das Reich abgeben soll, es eben neue Einnahmequellen erschließen muß. — Warum haben die Sozialdemokraten, wenn sie so eifrig für direkte Reichssteuern eintreten, nicht für die von uns vorgeschlagene direkte Reichsteuer, die Besteuerung der Aufsichtsratsentnahmen gestimmt. Das wäre doch wenigstens der Anfang einer Reichseinkommensteuer gewesen. — Redner empfiehlt seinen Antrag zur Annahme. Die Staffelung muß eine einigermaßen starke Spannung schaffen, wenn sie ihren Zweck — Schutz der kleinen Brauereien — erreichen soll. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schmalfeld (Soz.): Man streitet sich nun seit zwei Tagen darüber, wer die Brauereierhöhung eigentlich bezahlen soll. Die Regierung vertritt ursprünglich die Ansicht, daß die Brauereien aus reinem Patriotismus die Kosten tragen würden. Nun sind aber die Brauereien gar nicht so rentabel, wie man annahm, und zudem durch die erhöhten Löhne auf Malz und Gerste schwer belastet. Deshalb ist man von dieser Ansicht abgekommen und bekräftigt jetzt allgemein, daß die Brauereien die Kosten auf die Wirte und diese sie auf die Konsumenten abwälzen werden. In der Tat haben die Brauereien die Wirte ja auch ganz in der Hand, so daß von einer wirtschaftlichen Selbständigkeit der Wirte in den allermeisten Fällen gar nicht geredet werden kann. Gewöhnlich ist der Wirt nur Pächter, höchstens nomineller Eigentümer und kann von den Brauereien, wenn er sich ihren Befehlen nicht fügt, jederzeit auf die Straße gejagt werden. Nun sagt man ja, wenn auch die Brauereien die Mehrbelastung auf den Wirt abwälzen, so sei dieser bei seinem hohen Profit doch in der Lage, sie zu tragen. Aber gerade in den kleinen Wirtschaften beträgt der Schankzins meist nur 10—11 Pf. Zudem ist der Wirt gezwungen, nach den Vorschriften der Behörde seine Lokalitäten tapetieren oder bemalen zu lassen. Die Kundschaft verlangt aber selbst in den Arbeitervirtschaften gute Tische und Stühle und anspruchsvolle Tischdecken. Der Wirt ist in Norddeutschland ferner gezwungen, sein Bier unter Kohlenäure auszufüttern und dadurch hohe Ausgaben sowohl für die Kohlenäure wie für die alle 10 Tage vorzunehmende Reinigung der Röhren zu machen. In jeder Arbeiterwirtschaft finden Sie heute einen Wasslautomaten und ein deutsches Billard, damit die Gäste sich die Zeit vertreiben können. Auf alle dem liegen bedeutende Sondersteuern. Dazu kommen Regelsabgaben, Vermögens- und Langsteuern, etwa 100 M. jährliche Ausgaben für alle und alle möglichen weiteren Ausgaben. So ist der Wirt an allen Ecken und Enden belastet. Dabei entblödet man sich nicht, in der abfälligen Weise von diesem Stand zu sprechen. Beachten Sie nun noch die hohen Ausgaben für Beleuchtung und Heizung sowie die Abhängigkeit der Wirte von der Polizei, die ihnen auf jede mögliche Weise ihr Gewerbe erschwert. Selbst die Militärbehörde macht durch die Verhängung des Boykotts den Wirten, die bedeutende Summen für die Herrens- und Marineausgaben aufzubringen haben, das Leben sauer. In einem großen Lokal in Bremerhaven, in dem gewöhnlich Militärkonzerte war, wollten die Gewerkschaften ihre Versammlungen abhalten. Da drohte die Militärbehörde mit dem Boykott. Was nun auch der Wirt tat, ob er auf die Militärmusik verzichtete oder auf die Arbeitermusik, er war ruiniert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So engberzig handelt dieselbe Militärbehörde, die Gelder der Wirte in Anspruch nimmt.

Aber Sie rührt das alles nicht. Sie hat es auch nicht gerührt, als gestern Dr. Weder in einer für einen liberalen Abgeordneten höchst sonderbaren Weise über den Bier- und Brauereiergenuss der Arbeiter sprach. Es lief so ungefähr darauf hinaus: nimmt man dem Arbeiter das Bier, dann hat er den Brauereierwein. Und dabei war es doch ein entscheidender Fortschritt, daß die Arbeiter vom Brauereierwein zum Bier übergegangen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei kann der Reichsregierung doch mit einem

Rückgang des Bierkonsums nicht gebient sein, denn sie will ja hohe Einnahme aus der Biersteuer haben. Den Apfelwein zog Dr. Weder wie ein Apfelweintrenner in die Debatte (Heiterkeit links.) Aber der Versuch, durch ihn in Norddeutschland das Bier zu ersetzen, ist aussichtslos. Man versucht eben nur bei jedem neuen Steuerprojekt alles Mögliche, um den Betroffenen die Steuer als gar nicht so schlimm hinzustellen. Dabei bin ich überzeugt, daß mindestens die kleineren Wirte durch die neue Steuer vollkommen ruiniert und ins Proletariat hinabgestoßen werden. (Sehr wahr links.) Das ist die Mittelstandspolitik der privilegierten Mittelstandsbreiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir koschast sein wollten, könnten wir uns ja freuen, daß Sie unsere Geschäfte betreiben und uns zehntausende bis jetzt noch liberaler Wirte zutreiben. Denn nach den Erfahrungen, die sie hier mit den Laten und Reden der Liberalen gemacht haben, werden die Wirte keinen von Ihnen mehr ihre Stimme geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte ist erloscht. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Kettich (l.) und Kopych (fr.). Der § 3a wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 118 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

Bei § 1, welcher das Surrogatverbot enthält, erhält das Wort Abg. Baasche (fr. Sp.). Der Paragraph läßt den Deklarationszwang vermissen; mindestens müßte er beim Malzbier bestehen. § 1 wird angenommen.

§ 1a, der bestimmt, daß die Brauereier von dem zur Bierbereitung verwendeten Malz und Zucker erhoben wird, beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen: „Der dem obergärigen Biere nach Abschluß des Brauereierfahrens zugelegte Zucker unterliegt nicht der Brauereier.“

Abg. Sidelum (Soz.): Bei unserem Antrage handelt es sich um einen Schutz der obergärigen Bierbrauereien gegen die Doppelbesteuerung des Zuckers. Es gibt eine Menge obergäriger Brauereien, die das sogenannte Draumbier herstellen, das ohne Zuckerzusatz nicht konsumfähig ist. Wir haben alles Interesse an der Ausbreitung dieser obergärigen Biere, weil sie bedeutend alkoholfreier sind als die anderen. In dem geringen Alkoholgehalt liegt aber die Gefahr, daß das Bier leichter dem Verderben ausgesetzt ist. Dieser Umstand zwingt die obergärigen Brauereien zum raschen und deshalb auch teureren Umsatz. Der Zucker wird zu dem Draumbier so hinzugefügt, wie etwa zum Kaffee. Also er tritt nicht in das Brauereierverfahren ein. Daher ist es nicht berechtigt, ihn extra zu besteuern. Ich bitte um Annahme unseres Antrages. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gamp (Sp.) erklärt sich für den Antrag. Abg. Dr. Baasche (fr. Sp.) erklärt sich für den Antrag, vorbehaltlich der Stellungnahme in dritter Lesung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir stimmen dem Antrage ebenfalls zu, der gerade eine Verteuerung der billigsten Biere verhindern soll.

Abg. Sped (Z.) spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Abg. Dr. Sidelum (Soz.): Vielfach wird zur Bequemlichkeit des Publikums der Zuckerzusatz in den Brauereien zugelegt, statt in den Haushaltungen; das ist etwas anderes, als der unter das Gesetz fallende Zucker.

Abg. Gamp beantragt, in den Antrag Albrecht und Genossen die Worte „und außerhalb der Brauereien“ einzufügen. Mit dieser Änderung wird der Antrag Albrecht und der § 1a angenommen. Bei den Schlußbestimmungen beantragen die Abgg. Albrecht (Soz.) u. Gen., daß mit dem 1. April 1910 die Biersteuern der Kommunen aufgehoben werden müßten.

Abg. Dr. Sidelum (Soz.): Beim Zolltarif ist seinerzeit, als es sich um die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel handelte, beschlossen worden, die kommunalen Steuern auf Fleisch und Brot von einem gewissen Termine ab aufzuheben. Es ist daher nur konsequent, wenn wir beantragen, hier, wo es sich um eine außerordentliche Verteuerung des Bieres handelt, auch die kommunalen Steuern auf Bier zu beseitigen. Ich bitte Sie um Annahme unseres Antrages.

Ein Regierungskommissar bittet dringend, den Antrag, der für kleine Gemeinden finanzielle Gefahren mit sich bringt, abzulehnen. Abg. Sped (Z.): In Bayern würden viele kleine Gemeinden durch den Antrag gefährdet werden. Uebrigens sollte man doch meinen, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden, in welchen sie ausschlaggebend sind, diese Umlagen beseitigt hätten. (Sehr richtig! rechts.) In Jülich haben Sie lange die Mehrheit gehabt (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), nun in Feuerbach in Württemberg sind diese Umlagen erst vor kurzem gerade durch die Sozialdemokraten eingeführt worden.

Abg. Gamp (Z.) bittet ebenfalls, den Antrag abzulehnen. Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) tritt für den Antrag ein, der um so angebrachter sei, als das Brauereigewerbe stark durch den § 3a belastet sei.

Abg. Hildenbrand (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Sped fest, daß die Biersteuer in Feuerbach eingeführt sei, als die Sozialdemokratie nicht stark genug war, um das zu verhindern.

Abg. Dr. Sidelum (Soz.): Der Abg. Sped hat gemeint, wir könnten hier nicht ohne Fundamente Steuererhöhungen machen. Das hätte er einmal in der Steuerkommission sagen sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da wurden mit Eilzuggeschwindigkeit neue Steuern herangeführt und verschwinden auch wieder. Jedenfalls wurden dort mit der Geschwindigkeit von Hexenmeister neue Brauereierklassen und Steuererhöhungen aus dem Handgelenk ausgebeutet.

Auch Herr Sped hat sich daran beteiligt. Sie können gegen das Prinzip, eine Doppelbesteuerung hinzuzufügen, nichts Ernsthaftes vorbringen, sondern höchstens sagen, daß einzelne Gemeinden in finanzielle Kalamitäten kommen würden. Ich will gar nicht bestreiten, daß die Aufhebung der örtlichen Biersteuer für manche Gemeinden große Unannehmlichkeiten haben kann. (Hört! hört! rechts.) Das ist aber auch der Fall gewesen bei Annahme des § 13 des Zolltarifgesetzes. Und trotzdem hat die Mehrheit des Reichstages sich für ihn ausgesprochen, jedenfalls um die Bevölkerung dieser Städte wenigstens zum Teil zu entlasten von den außerordentlich schmerzhaften Folgen der Zollpolitik. Das ist auch die Absicht dieses Antrages. Wenn man die kommunalen Steuern aufheben will, so kann das natürlich nur generell geschehen. Also die Einträge, die bisher gegen unseren Antrag erhoben worden sind, sind gänzlich unphilosophisch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich bemerke ich noch Herrn Sped gegenüber, daß die Sozialdemokratie in Jülich noch nie die Mehrheit gehabt hat.

Abg. Erzberger (Z.): Die Sozialdemokraten geben ja selbst zu, daß der Antrag den Gemeinden Schwierigkeiten bereiten würde. Für § 13 des Zolltarifgesetzes haben wir gestimmt, dem Getreide ein notwendiges Nahrungsmittel. Hier dagegen nicht.

Abg. Erzberger (Z.): In Bayern, wo die höhere Besteuerung des Bieres besteht, würde der Antrag geradezu ein Geschenk an die Brauer bedeuten.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Die Vermutung des Abg. Erzberger, daß das Gesuch an die Kreisbehörden von den Sozialdemokraten mit unterzeichnet sei, ist falsch: Wir hatten damals in Feuerbach noch nicht die Mehrheit. Die Biersteuer wird in Feuerbach, wo wir jetzt die Mehrheit haben, abgeschafft werden. Um diese Abschaffung aber zu erleichtern, wollen wir heute hier beschließen, daß die Abschaffung generell geschieht, für alle Gemeinden. (Wachen rechts und in der Mitte.) Auch in Stuttgart haben wir Sozialdemokraten seit Jahren gegen die doppelte Besteuerung des Bieres gestimmt. Durch Annahme unseres Antrages würde auch in solchen Gemeinden die Abschaffung der kommunalen Biersteuer erfolgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Büsing (natl.) und Erzberger (Z.) wenden sich nochmals gegen den Antrag.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) bestreitet, daß die Freisinnigen in den Kommunen für die Biersteuer eintreten.

Abg. Singer (Soz.):

Wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokratie in Gemeinden, in denen sie die Mehrheit habe, sich für die Biersteuer erklärt hätte, so kann ich nur erklären: Ich kenne keine solche Gemeinde. Diese ganze Angelegenheit ist schon so eingehend behandelt, daß ich mich wundere, wie jemand, der nicht geradezu die Tatsachen auf den Kopf stellen will, jetzt damit kommt, die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden haben überall von Anfang an in sehr energischer Weise verlangt, daß die direkten Verbrauchsabgaben auf Lebensmittel abgeschafft und die Einnahmen der Kommunen aus Besitz und Eigentum bestritten würden. Es ist eine sehr billige Befämpfung eines an sich berechtigten Antrages, wenn man sich auf irgend eine kleine Gemeinde beruft, in der angeblich sozialdemokratische Vertreter gegen die Prinzipien der Partei verstoßen haben. Im übrigen haben wir Ihnen doch auch schon gesagt, daß wir das, was in kleinen Gemeinden den Sozialdemokraten unmöglich ist, eben hier im Wege der Reichsgesetzgebung schaffen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieselben Einwendungen, die hier gemacht werden, konnten vorgebracht werden, als es sich um die Abschaffung des Oktrois handelte. Es waren aber nicht die sozialdemokratischen Vertreter, sondern die bürgerlichen Gemeindevertreter, die gegen die Bestimmung des Jolkstiragesetzes, daß von 1910 ab der städtische Oktroi beseitigt werden sollte, Sturm liefen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie grundfällige Politiker verlangen, dann bitte wenden Sie sich mit Ihren Angriffen an die Adresse Ihrer Parteien, deren Anhänger sich in direktem Widerspruch zu Ihren Grundgedanken gestellt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier zu verlangen, daß in den kleinen Orten, wo vielleicht ganz besonders schwierige Verhältnisse bestehen können, die Genossen vorher den Antrag gestellt haben, die Biersteuer zu beseitigen, das ist ein Verlangen, welches nicht nur vor der Loyalität, sondern vor dem gesunden Menschenverstand nicht bestehen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir jetzt die Biersteuer hier erhöht haben und dulden, daß die Kommunalsteuern bestehen bleiben, so besteht eine doppelte Belastung. Die Folge davon ist, daß das Bier teurer wird und die Mengen, die verbraucht werden, geringer werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit all ihren Gründen bemühen die Herren doch nicht ihre Vorliebe für Steuern, die die Masse der Bevölkerung treffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich ist es, wenn die Herren vom Zentrum jetzt mit einem Male auf den Gedanken kommen, daß das Bier nicht mehr ein Lebensmittel sei. Herr Erzberger scheint jetzt plötzlich einen großen Unterschied zu machen zwischen notwendigen Lebensmitteln und Genussmitteln. Wenn es zur Tat kommt, ist das Zentrum nicht arbeiterfreundlich. Ihr Widerstand gegen unseren Antrag steht im Gegensatz zur Aufhebung des Oktrois und im Gegensatz zur Veg. Trindorn. In der Auffassung des Arbeiters gehört die Biersteuer zu den den Warenkonsum belastenden Steuern. Diejenigen also, die gegen unseren Antrag stimmen, sind Lebensmittelverteuerer, und sie sind es deshalb, um möglichst zu verhindern, daß die Steuern auf die tragfähigen Schultern kommen, nämlich auf die der Besitzenden. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Z.). Wir, die wir die Biersteuer bewilligen, sind der festen Ueberzeugung, daß die Steuer nicht wird abgewälzt werden von den Brauereien. (Widerspruch links.)

Abg. Erzberger (Z.). Ich wiederhole, daß Bier kein notwendiges Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel ist. Uebrigens gibt es auch in der Sozialdemokratie viele Alkoholgegner. Der sozialdemokratische Antrag will durch Erlass einer bescheidenen Steuer der Wirten geradezu ein Geschenk machen.

Abg. Südekum (Soz.): Es muß wirklich in Erstaunen setzen, daß Männer wie der Abg. Dr. Spahn mit dem ganzen Mut der Ueberzeugung zu sagen wagen, daß das Zentrum von der Ueberzeugung ausgehe, die Steuer werde nicht auf das Publikum abgewälzt. (Unruhe im Zentrum.) In einem Zentrumsblatt, der „Kölnischen Volkszeitung“, hat ein Großbrauer darauf hingewiesen, daß die Brauereien sich zusammenschließen begännen, um der Steuererhöhung entgegenzutreten; es seien in einer großen Anzahl von Städten von den Brauereien schon Beschlüsse gefaßt worden, die darauf zielen, die Steuer respektlos auf die Konsumenten abzuwälzen. (Hört! hört! links.) Jurus im Zentrum: Das können sie nicht! Das können sie nicht? Das werden sie Ihnen beweisen!

Nun sagt Herr Erzberger, die lokale Biersteuer könne keine Verteuerung des Bieres herbeiführen. Das ist nicht der Fall. Ich habe es in einer Gemeinde erlebt, daß bei der Einführung einer lokalen Biersteuer von 65 Pf. die Gemähe in Sälen und Gartenlokalen von 0,25 auf 0,20 Liter für 10 Pf. verkleinert worden sind, wodurch die Birte noch über den Steuerzuschlag hinaus ein Geschäft gemacht haben. (Wah! im Zentrum.) Ja, bei einer Steuererhöhung sehen die Birte die Preise herauf, wenn dagegen die Steuer aufgehoben wird, sorgt schon die Konkurrenz, daß die Preise billiger werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Büsing (natl.): Wenn in Berlin auch keine Biersteuer erhoben wird, so doch ein Zuschlag zur staatlichen Brauereizugabe.

Abg. Bruhn (Ant.): Die Konsequenz der weitgehenden Belastung für ein einzelnes Gewerbe, die Sie beschließen haben, ist für uns der sozialdemokratische Antrag, dem wir zustimmen.

Abg. Spahn (Z.): Dem Artikel des einen Großbrauers in der „Kölnischen Zeitung“ sind zwei Artikel gefolgt, die den anderen Standpunkt vertreten haben.

Abg. Südekum (Soz.): Ich war keineswegs verpflichtet, auch diese beiden folgenden Artikel zu zitieren. Ich stelle nur wiederholt fest, was auch von dem Abg. Spahn nicht aus der Welt geschafft werden kann, daß in dem Artikel des einen Großbrauers berichtet wird, die und die Brauereivereinigungen hätten beschloffen, den Preis zu erhöhen. (Jurus im Zentrum: Unrichtig!) Das ist sogar wahr, trotzdem es in der „Köln. Volksztg.“ steht. (Stürmische Heiterkeit und Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gerstenberger (Z.): Niemand hat meine Einwände widerlegt, daß die bayerische Brauindustrie durch das neue Gesetz in keiner Weise mehr belastet wird. Wenn aber der Antrag nach seiner Begründung einen Sinn haben sollte, so gehörte er in den preußischen Landtag. (Stürmische Gelächter links.) Wenn der Abg. Südekum behauptet, daß nach Aufhebung der Kommunalzuschläge zur Biersteuer die Konkurrenz den Preis des Bieres verbilligen werde, so muß auch trotz der beschloffenen neuen Steuer der Preis des Bieres jetzt gleich bleiben, schon wegen der Konkurrenz der Süddeutschen und Kleinbrauereien. (Lautes Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir führen hier eine sonderbare Diskussion. (Allgemeines Sehr wahr! — Heiterkeit.) Das Zentrum und die Nationalliberalen suchen plötzlich all die Tatsachen aus der Welt zu schaffen, die gestern widerspruchlos von uns konstatiert worden sind. Aber daß die Biersteuer nicht auf die Konsumenten abgewälzt wird, daß glaubt Ihnen ja kein Mensch. (Lebhafte Zustimmung links.) Die großen Brauereien werden die Preisserhöhung durchsetzen, entweder mit den Kleinen oder nachdem sie sie zu Tode konkurrenzieren haben.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Südekum wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten (aber die Wirtschaftliche Vereinigung stimmt dagegen) abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Tabaksteuergesetzes. Das Gesetz wird ohne Debatte, den Kommissionsbeschlüssen entsprechend, abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Tolernanzantrag. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die XV. Kommission des Reichstages zur Beratung der Diktienvorlage hielt gestern ihre erste Sitzung ab.

Beschlossen wurde, zwei Lesungen vorzunehmen. Zum Bericht erstatter wurde der Abg. Gröber gewählt. Dem Vorschlag, erst über die Diktienvorlage und anschließend die Vorlage die Aenderung der Verfassung zu beraten, stimmte die Kommission zu.

Erledigt wurde Absatz a des § 1. Hierzu lagen zwei Anträge, gestellt von freisinniger und freikonservativer Seite, vor, die sich inhaltlich deckten und dahingingen, Gewährung freier Eisenbahnfahrt auf allen Eisenbahnen während der Dauer der Legislaturperiode zu fordern.

Die Regierungsvorlage wurde außer von dem Staatssekretär Grafen Posadowsky nur von den konservativen Mitgliedern verteidigt. Das Resultat der Abstimmung war folgendes:

Von dem Absatz a des § 1 welcher lautet: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten für die Dauer der Sitzungsperiode, sowie acht Tage vor deren Beginn und acht Tage nach deren Schluß, freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen, zwischen ihrem Wohnort und dem Sitz des Reichstages“ wurde mit allen gegen 2 Stimmen der Passus „für die Dauer“, bis zu den Worten „nach deren Schluß“ abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Schlusssatz „zwischen ihrem Wohnort und dem Sitz des Reichstages“, abgelehnt.

Nach der Beschlußfassung, die ebenfalls mit allen gegen zwei Stimmen erfolgte, erhielt Absatz a des § 1 folgende Fassung:

„Die Mitglieder des Reichstages erhalten freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen.“

Die Schlußkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Dienstagmorgen die Beratung mit § 40 fort, der von der Lehrerbefolgung handelt. In der allgemeinen Beratung werden zunächst von freisinniger Seite die Bedenken gegen die Vorlage noch einmal im Zusammenhang vorgetragen. Die gestellten Anträge gehen über die Regierungsvorlage hinaus: Die Konservativen wollen den Gemeinden die Wahl der Lehrer übertragen, nicht aber die der Direktoren, auch fordern sie bei Nichtbefähigung Angabe der Gründe. Die Freikonservativen wollen auch für die Direktoren das Wahlrecht gestatten, falls sie keine Schulaufsichtsbefugnisse haben. Die Nationalliberalen wollen den gegenwärtigen Zustand aufrecht erhalten. Die Freisinnigen wollen allen Gemeinden das Wahlrecht der Lehrer sowohl wie der Direktoren sichern. Die Regierung stimmt dem konservativen Antrage zu, tritt aber lebhaft für die im Entwurfe enthaltene Erweiterung des Rechts der Verbörde bei der Befolgung durch das ganze Land im Interesse der Lehrer und des Staates liege; auch treten sie für eine gleichmäßige Ordnung der Sache ein, da es doch nur eine Frage der Zeit sei, daß die Lehrer Beamte des Staates würden. Die Debatte konzentrierte sich dann auf die Frage der Direktorenwahl. Bei der Abstimmung wird Absatz 1 nach dem konservativen Antrage angenommen. Die freikonservativen, nationalliberalen und freisinnigen Anträge werden abgelehnt; für den letzteren stimmen auch die Nationalliberalen. § 40 wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen. — Der Rest des Gesetzes wird ohne erhebliche Debatte angenommen. Nur wird die Bestimmung des § 51, daß der Unterrichtsminister eine Volksschule auflösen kann, von freisinniger Seite angefochten; auch die Nationalliberalen stimmen dem zu. § 51 wird angenommen. — Bei der Abstimmung über das ganze Gesetz enthält sich das Zentrum der Abstimmung. Nationalliberale und Freisinnige stimmen dagegen. Das Gesetz wird mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen. Dafür stimmen Konservativ und Freikonservativ.

## Mordprozeß Hennig.

In der Nummer vom 1. Mai haben wir bereits ausführlich über den Gang der Verhandlung bis zum Schluß der Beweisaufnahme, über den Wahrspruch der Geschworenen und über das Urteil des Gerichts berichtet. Nachstehend geben wir den wesentlichsten Teil der Plaidoyers wieder. Die Plaidoyers sind nach zwei Richtungen hin besonders interessant. Es fehlt der Rede des Staatsanwalts jeder Versuch, die Ursachen zu dem Verbrechen des Angeklagten zu erforschen: Der Angeklagte ist ein wertvoller Mensch, er ist fähig der Tat, also macht ihn unschuldig. Das ist das Leitmotiv, das die Rede des Staatsanwalts genau wie die pharisäischen Betrachtungen der bürgerlichen Presse auszeichnet. Viel schon in der übrigen, weil objektiver als die meisten politischen Prozesse geleiteten Verhandlung, der Mangel einer Erforschung der tiefer liegenden Ursachen auf, weshalb ein so begabter Mensch wie Hennig zu einem Schädling der Gesellschaft werden konnte und mußte, so möchte der Staatsanwalt diese recht eigentlich den Staat, die Gesellschaft angehende Frage unberücksichtigt gelassen haben, weil ein Zweifel hervorgerufen geeignet war, ob denn in der Tat die abgrundtiefe Verworfenheit des Angeklagten, auf der die Schuldfrage sich aufbaute, allein diesem oder nicht viel mehr der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrem völlig verfehlten Straffsystem zuzurechnen sei. Betonte der Staatsanwalt besonders die Gemeingefährlichkeit, so wäre es Sache der Verteidigung gewesen, die entlastenden Momente hervorzuheben, die zu beweisen geeignet waren, daß die eigentliche Schuldige an den Straftaten und dem Verbrechensleben des Angeklagten die Gesellschaft selbst ist. Das zu betonen, ist völlig unterlassen. Mit dieser Unterlassung stimmt das Verhalten der Epigen der Gesellschaft von „Wesig und Bildung“ überein, die bei der Verteilung von Zuhörerarten berücksichtigt waren. Eine Stimmung, als ob es sich um ein Lustspiel handelt: Heiterkeit, große Heiterkeit, stürmische Heiterkeit. Der Mann auf der Anklagebank zeigte auch durch die Art seines Plaidoyers, daß er wohl unter anderen Verhältnissen ein recht brauchbares Mitglied der Gesellschaft geworden wäre. Unter Verhältnissen, in denen Kapitalverbrechen unmöglich sind, weil die Trebleder zu solchen fehlt, unter Verhältnissen, in denen die Menschen nicht nach gegenseitiger Ausbeutung und Unterdrückung trachten, wären ja Lebensführungen wie die des Angeklagten unmöglich. Auch in der heutigen Gesellschaft würde Hennig wohl, wenn er nicht zu dem Kampf ums Dasein gezwungen gewesen wäre, wenn seine Wiege im reichen Hause gestanden hätte, etwas Nützliches, vielleicht ein recht bedeutender Verteidiger geworden sein. Auch seine Verteidigungsrede durchweht eine nicht ungewöhnliche Dialektik: Der humorvolle Zynismus oder zynischer Humor fehlt auch in der Verteidigungsrede des Angeklagten nicht.

Plaidoyer des Staatsanwalts.

Erster Staatsanwalt Dr. Mendelssohn: Wenn je bei der Erörterung einer strafbaren Handlung ich das Gefühl gehabt habe, daß das Amt eines Geschworenen ein außerordentlich wichtiges und verantwortungsvolles ist, so ist es hier der Fall. Es gehört zur Entscheidung und Abgabe einer Stimme eine ganze Persönlichkeit, denn es erfordert einen gewissen Mut, einem Manne, der nicht vollständig gefähig ist, das Urteil zu sprechen. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß Sie, meine Herren Geschworenen, das Sie Ihren Spruch in richtiger Wertung der Beweisaufnahme nach Ihrem besten Wissen und Gewissen fällen werden. Der Staatsanwalt erörtert sodann zunächst die Nebenpunkte der Anklage und kommt zu dem Schluß, daß über die Schuld des Angeklagten bezüglich der Urkundenfälschung, der verübten Tötung, um sich seinem Verfolger zu entziehen und des Diebstahls an dem Fahrrad gar kein Zweifel obwalten könnte. Zum Hauptpunkte der Anklage führt der Staatsanwalt aus: Ich komme nun zu dem Verbrechen, das seit Monaten und nicht mit Unrecht, das Publikum und die Presse aufs Höchste in Aufregung versetzt hat. Es handelt sich um einen lähnen und äußerst frechen Mord. Und nicht mit Unrecht hat sich die Presse mit der Persönlichkeit des Angeklagten beschäftigt. Sie alle werden hier den Eindruck gewonnen haben, daß nicht leicht wieder ein Angeklagter, der unter so schwerer Anklage steht, gefunden werden wird, welcher sich mit solcher Ruhe, Gewand-

heit und Entschiedenheit zu verteidigen weiß, daß er dem offiziellen Verteidiger gar nicht viel zu sagen übrig läßt. Der Staatsanwalt bespricht dann den Mord selbst. Was der Angeklagte, dieser schwer vorbestrafte Mensch, der die verschiedensten Verbrechen ausgeübt hat, über die Ausführung desselben glauben machen will, trägt den Stempel der Erfindung an der Stirn. Der angebliche „Frazz“ ist eine Phantasiestück des Angeklagten. Der Mann, der seine Heiratsverweigerung, seine Pfandbriefgeschäfte allein gemacht hatte, sollte sich zu dem Unternehmen, das sehr einträglich zu werden versprach, plötzlich einen Teilhaber gesucht haben! Das ist eine so unwahrscheinliche Angabe, daß man sich bei seiner sonstigen Verleumdung darüber ebenso wundern muß, wie über seine fast naive Darstellung über die Art, wie man den Biernoth festgehalten, und wie dieser seines Sparkastenbuchs beraubt worden sein soll. Nicht der Unbekannte hat den Mord begangen, sondern einzig und allein der Angeklagte! Ihm kann man die Tat ohne weiteres zutrauen. Er, der hier im Saale bei dem Erscheinen seines alten tiefbetäubten Vaters auch nicht mit einer Wimper gezuckt, ist ein hartgesottener Verbrecher, der schon über elf Jahre hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern zugebracht hat. Er scheut auch vor einem Worte nicht zurück. Nach der Bekundung der Ehefrau des Gendarmen ist er der Mann, der sich nach der Befolgung der Leiche erkundigt hat, es steht fest, daß er sich durch andere Tracht in Haar und Bart unerkennlich machen wollte, und die Briefe, die er an den „Lokalanz.“ geschrieben, lassen gar keinen Zweifel darüber, daß der Briefschreiber auch der Mörder ist. Der Staatsanwalt kommt nach nochmaliger kurzer Zusammenfassung aller subjektiven und objektiven Momente zu dem Schluß, daß die Geschworenen den Angeklagten auch des Mordes schuldig erklären müßten.

Rede des Offizialverteidigers.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kennes gibt zu, daß der Angeklagte des ihm zur Last gelegten schweren Verbrechens zwar fähig ist, bestreitet aber, daß er durch die heutige Beweisaufnahme überführt erscheine. Ueber das Vorliegen der Urkundenfälschung und des Diebstahls könne kein Zweifel obwalten, dagegen sei zu bestreiten, daß ein Versuch der qualifizierten Tötung vorliege und es sei nur Mithandlung mit einer Waffe zuzugeben. Was den Mord betrifft, so bestreite der Angeklagte, daß er der Mörder oder der Mittäter sei, und deshalb beantrage er, die Frage nach Mord zu verneinen. Die Beweisaufnahme sei keineswegs ausreichend, um den Angeklagten der Taterkhaft zu überführen. Den Mord habe der Angeklagte selbst zugegeben und die darauf bezügliche Frage müsse bejaht werden.

Schlußrede des Angeklagten:

Meine Herren Geschworenen! Ich weiß zwar, daß ich als vorbestrafter Mensch wenig Glauben finde, und ich hatte eigentlich die Absicht nichts weiter zu sprechen. Aber da ich durchweg die Wahrheit gesagt habe, so will ich doch noch ein paar Worte zu Ihnen sprechen. Die einzelnen Delikte, die mir vorgeworfen werden, möchte ich im großen und ganzen unerörtert lassen. Nur was die Sache mit dem Stettiner Kriminalschuymannt betrifft, so muß ich entschieden bestreiten, daß ich mit Ueberlegung auf denselben geschossen habe. Ich bitte, meine Situation zu beachten. Man suchte mich von den verschiedensten Seiten. Nun stellen Sie sich vor, daß ich das Rad gestohlen hatte, daß ich mich nicht ergreifen lassen wollte, daß es mir aber nicht gelang, daß man mich zur Wache bringen wollte, und wenn ich da geschossen habe, so fehlte mir die Ueberlegung. Der Drang nach Freiheit war bei mir so groß, daß ich blind darauf los schoß. Mich besaßte nur der eine Gedanke, fort zu kommen, auf welche Weise, war mir ganz gleichgültig. Wenn der Staatsanwalt das Gegenteil behauptet, so weiß man ja fast aus jeder Gerichtsverhandlung, wie von dem Staatsanwalt immer alles mögliche herbeigeholt wird, um die Schuld des Angeklagten zu beweisen. — Der Angeklagte wiederholt alsdann bezüglich des Mordes ausführlich alle die Momente, die er schon bei seiner Vernehmung im einzelnen auf die Fragen des Vorsitzenden hervorgehoben hatte. Seine wohlgelegte Rede dauert eine halbe Stunde. Sie gipfelt darin, daß die Beweisaufnahme des Staatsanwalts eine total falsche sei. Er selbst sei nicht der Mörder. Wenn die Geschworenen allem auf den Grund gehen, würde keiner von ihnen zu einer anderen Ueberzeugung kommen, als daß doch keine Beweise gegen mich vorliegen. Sie werden sagen müssen: der Mann, der Hennig ist des Mordes nicht überführt. Man hat hier eine Anzahl Hypothesen vorgeführt, aber da bitte ich doch, den alten Justizgrundbesitz walten zu lassen: In dubio pro reo! (Gelächter beim Publikum.) Wenn eine Sache zweifelhaft ist, so ist es diese, von Ueberführung ist keine Rede. Wo ich wirklich schuldig bin, habe ich alles zugegeben. Ich habe den Mord zugegeben, aber den Schuß habe ich nicht abgegeben. Glauben Sie mir: ein schneller Tod wäre für mich besser als langjähriges Zuchthaus. Unter 15 Jahren würde ich nicht bekommen. Ich bin 31 Jahre alt und wenn ich 15 Jahre dazu bekomme, wäre ich 46 Jahre. Das ist schon wie ein Todesurteil. Ich habe den Mord begangen, und will mich nicht reinwaschen und habe viel auf dem Kerbholz. Um mildere Umstände zu bitten wage ich selber nicht, aber wir leben in einem christlichen Jahrhundert und da sollte man einem Menschen nicht die Möglichkeit abschneiden, noch einmal ins Leben zurückzukehren. Die Hauptschuldfrage bitte ich demgemäß zu verneinen.

## Berliner Nachrichten.

Die bürgerliche Presse

versucht wie immer den großartigen Verlauf der diesjährigen Kaiserfeier herabzusetzen. Das nimmt uns nicht wunder, denn wir sind das gewöhnt. Eine solche Herabsetzung kann natürlich nur vorgenommen werden auf Kosten der Entstellung der Tatsachen. Wie in bezug auf die Berliner Kaiserfeier geschwindelt wird, zeigt ein Blick in die „Berliner Morgenpost“. Man lese nur:

„Da wo die Arbeiter versuchten, auf dem Wege zu den Versammlungsorten, z. B. nach der Reuen Welt, Wodbrauerei und den Germania-Sälen, sich in größeren Trupps zu sammeln, wurden sie mühelos zerstreut. Im Gewerkschaftshause waren etwa 400, in Sanssouci etwa 500, bei Keller in der Koppenstraße etwa 300 Personen versammelt. Wichtig war der Besuch in anderen Lokalen am Nachmittag. Nur im Schweizergarten waren etwa 2000 und in den beiden Treptower Lokalen etwa 8000 Personen anwesend. Ein größerer Andrang zu den Lokalen erfolgte erst in den späteren Nachmittagsstunden, ein Zeichen also, daß diese Festteilnehmer den Tag über gearbeitet hatten. In der Volentfeier nahmen nur etwas über 100 Personen teil. Eine Uebersperrung irgend welcher Lokale ist nicht erfolgt. Jedem Festteilnehmer wurden zwei Flugblätter überreicht. Das eine forderte zum Austritt aus der Landeskirche, das andere zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf.“

Mit diesem Bericht über die Beteiligung vergleiche man die uns aus den Versammlungen zugegangenen Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß in den meisten Lokalen wegen Ueberfüllung polizeiliche Absperrung erfolgte und tausende von Mitteilnehmern sich in Gärten aufhalten mußten. Die Nachmittags- und Abendfeiern waren so stark besucht, daß tausende keinen Platz fanden. Und ein solches Blatt wird noch von vielen Arbeitern gehalten, leider!

Das erste Opfer der Bootskatastrophe auf dem Tegeler See ist gestern abend gelandet worden. Bekanntlich ertrank am 13. März im Tegeler See vier junge Leute bei einer Kahnfahrt, während es gelang, den fünften Insassen des Bootes zu retten. Die Leiche eines der Ertrunkenen ist gestern abend bei der Insel Haffelwerder

aus Her getrieben und gelandet worden. Voraussetzlich dürften nun auch bald die drei anderen Leichen geborgen werden.

Die Bluttat, die auf freiem Felde bei Heinersdorf an dem italienischen Arbeiter Luigi Dovigo verübt wurde, wird nun auch ihre Sühne finden. Der Bauarbeiter Giovanni Filippi aus der Stolpischstr. 5 hat vorgestern vor dem Untersuchungsrichter das Geständnis abgelegt, seinen Landsmann und Wohnungsgenossen Luigi Dovigo auf der Feldmark beim Wahnhof Panikow-Heinersdorf erschossen zu haben. Dovigo wurde, wie wir mitteilten, mit drei Messerstichen in der Brust in hohem Grade in einer alten Furche tot aufgefunden, nachdem er am Tage vorher mit Filippi in jener Gegend auf Neubauten Arbeit gemacht und in einer Schankwirtschaft in der Damerowstraße bis 12 Uhr mittags gekneipelt hatte. Das Messer, von dem die Stücke herrührten, wurde bei der Leiche gefunden. Es gehörte Filippi, der für zwei kritische Stunden sein Alibi nicht nachweisen konnte.

Zwei schwere Automobilunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Abends wurde die sechs Jahre alte Lotte Wittmann, am Kurfürstendamm 226 wohnhaft, an der Corneliusbrücke von dem Automobil 4038 umgerissen und überfahren. Das Vorderrad ging der Kleinen über die Brust. Mit mehreren Rippenbrüchen und Querschnittswunden wurde das überfahrene Kind nach der Unfallstation XX gebracht. — Beim Ueberfahren der Rosenkalerstraße geriet die 23jährige Klara Hahn aus der Gipsstr. 16a an ein Automobil heran und wurde gleichfalls über den Oberkörper hinweggefahren. Sie erlitt Rippen- und Beinbrüche und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

**Großes Schandfeuer im Schöneberger Krankenhaus.** In dem Küchengebäude des neu errichteten Schöneberger Krankenhauses an der Ecke der Rubens- und Rembrandtstraße brach gestern Abend Feuer aus. Der Brand war in dem anschließenden Kuchraum, dessen Wände, Decken und Fußboden vollständig mit Korkplatten belegt war, entstanden und fand dort reichliche Nahrung. Als die Arbeiter, welche sich auf kurze Zeit zum Bisher wegbegeben hatten, wieder zurückkamen, hatte das Feuer bereits eine beträchtliche Ausdehnung angenommen. Es wurde sofort bei der Schöneberger Feuerwehr gemeldet, worauf Branddirektor Fötter mit zwei Löschzügen erschien. Die Mannschaften hatten mehrere Stunden angestrengt zu tun, um das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das Gebäude ist fast vollständig vernichtet und der Schaden ein ganz beträchtlicher. Die Entstehungursache des Brandes ist angeblich auf Stichflammen einer Kettelampe zurückzuführen.

### Mariendorf.

Zu dem folgenschweren Gerüstesturz in der Lanthwigerstr. 23 zu Mariendorf (Englische Gasanstalt) wird uns im Anschluß an den ausführlichen Bericht in der vorigen Nummer noch folgendes mitgeteilt: Die vier verunglückten Arbeiter heißen Karl Trenhaus, August Fiedle (beide in der Mariensfelderstraße zu Lanthwiy wohnhaft), Friedrich Schlegler (Rudorf, Hermannstraße) und Edward Busch (Mariendorf, Chausseestraße). Sie sind bis auf Busch sämtlich unverletzt. Im Rührer Kesselständer, wofür alle vier sofort geschickt wurden, stellten die Ärzte bei Trenhaus einen schweren Wirbelbruch, bei Fiedle einen komplizierten Armbruch, bei Schlegler einen rechten Oberarmbruch und bei Busch starke Erschütterungen fest. Jemand eine Verschlimmerung in dem Befinden ist aber bis jetzt bei keinem eingetreten. Die eingeleitete Untersuchung der Unglücksstelle hat in Bestätigung unserer gemachten Mitteilungen ergeben, daß die Ursache in dem Bruch eines x-förmigen Hängeeisens liegt. Da diese Hängeeisen aus 30 Millimeter didem Rundstahl angefertigt sind und daher circa 100 Zentner Tragfähigkeit besitzen sollen, so ist es unerklärlich, wie ein Bruch erfolgen konnte, trotzdem nur circa 10 Zentner auf dem Gerüst standen, also von einer Überlastung gar keine Rede sein kann. Der Bau wird von der Kölner Maschinenbau-Aktiengesellschaft ausgeführt.

## Gerichts-Zeitung.

### Folgen rechtswidriger Lohninbehaltung vor dem Schwurgericht.

Weil ihm sein Arbeitslohn vorenthalten wurde, ist der Arbeiter August Lehmann zum Brandstifter geworden und hatte sich wegen dieses Verbrechens gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte stand bei dem Landmesser Erich Gadbarth in Teupitz im Dienst. Er wurde am 18. Dezember vorigen Jahres entlassen, und es wurde ihm dabei nicht der volle Lohn ausgezahlt, sondern H. brachte zehn Mark von dem Lohn in Abzug unter der Angabe, daß ihm, dem Arbeitgeber, Sachen gestohlen seien und der Täter unter den Arbeitern vermutet werde. Dasselbe Verfahren wurde auch anderen Arbeitern gegenüber in Anwendung gebracht, obwohl der Wert der vernommenen Sachen nur 15 Mark betragen haben soll und der Verdacht auf keine bestimmte Person gewälzt werden konnte. Der Angeklagte verlangte am 20. Dezember seinen vollen Lohn, der Arbeitgeber wies ihn aber schroff zurück und hielt sich zur Einbehaltung des Restlohnes wegen des Diebstahls für befugt. Der Angeklagte war nun der Meinung, daß der Arbeitgeber den Diebstahl nur vorschütze, um rechtswidrig die Löhne einzubehalten, und in Erbitterung und Erregung über das ihm widerfahrne Unrecht brütete er auf Rache und wurde zum Brandstifter. Gadbarth ist Eigentümer einer ehemaligen Sandsteinfabrik in der Gsdorfer Feldmark. Das Maschinenhaus der Fabrik wurde zurzeit nicht benutzt, da Gadbarth die Arbeit auf der Sandsteinfabrik eingestellt hatte. Die Maschine war mit Stroh umwickelt, und die Tür des Maschinenhauses mit Brettern vernagelt. Am 20. Dezember, nachmittags, wurde bemerkt, daß aus diesem Maschinenhause Rauch herausdrang und die Tür erschrocken war. Es ergab sich, daß der Raum, wo der Benzinnotor stand, ganz voll Rauch und Qualm war. Dieser rührte davon her, daß das Stroh, mit dem der Motor umwickelt war, gebrannt hatte. Das noch sich zeigende Feuer konnte leicht gelöscht werden, indem die hinzugelassenen Personen es mit den Händen ausschlugen. Die Maschine zeigte deutliche Spuren des Brandes, dagegen ist das Gebäude selbst vom Feuer nicht beschädigt worden. Der Angeklagte ist zur Zeit des Brandes bei dem Maschinenhause gesehen worden; er leugnete anfangs die Tat, hat sie dann aber reumütig zugegeben. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig gegen den Angeklagten wegen vorläufiger Brandstiftung. — Der Verteidiger erklärte, daß er das Verhalten des Herrn H. nicht näher charakterisieren wolle. So viel siehe jedenfalls fest, daß, wenn dieser sechs Arbeiter wegen eines von einem Arbeiter begangenen Diebstahls entlasse und allen sechs Arbeitern den Lohn einbehalte, er fünf Arbeitern bitteres Unrecht zufüge und sich auf deren Kosten geradezu bereichere. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur der versuchten Brandstiftung schuldig und billigten ihm mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Zu bebauern ist, daß der Arbeitgeber nicht wegen intellektueller Anstiftung zur Brandstiftung und wegen Erpressung neben dem Angeklagten als Angeklagter auf den Anklageraum gebracht worden ist.

## Maifeier-Berichte.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

### Hannover.

Die Maifeier in Hannover-Linden gestaltete sich zu einer großen Demonstration des kassenbewußten Proletariats, die alle bisherigen in den Schatten stellt. Sicherlich hat die brutale Ausperrung in der Metallindustrie auf die Massen wie elektrisierend gewirkt, denn nach vielen Tausenden zählen in diesem Jahre diejenigen, die das Maifest durch Arbeitsruhe feierten. Auf keinem einzigen der vielen Bauten rührten sich die sonst so fleißigen Arbeiterhände; im Baugewerbe war die Arbeitsruhe eine vollständige. Auch die Holzarbeiter haben ihren Beschluß, die Arbeit ruhen zu lassen, strikte durchgeführt, ebenso verzeigten fast alle anderen Gewerkschaften ein riesiges Anwachsen der Zahl der sich zur Kontrolle meldenden Feiernenden. Morgens um 9 1/2 Uhr waren in der Stadt in fünf großen Lokalen und im Vorort Grasdorf Versammlungen abgehalten, während sonst ein Lokal, der „Ballhof“ genügte. Lange vor Beginn der Versammlungen waren alle Lokale überfüllt, und doch fanden Tausende keine Gelegenheit, Redner zu hören. Überall herrschte flammende Begeisterung, das doch das Unternehmertum vor den kassenbewußten Arbeitern die Flaggen streichen müssen. Weder im Baugewerbe noch in der Holzindustrie hat es gewagt, Ausperrungen anzubringen. Um so größerem Spott begegnete die Ankündigung des Fabrikantenvereins, „seine Arbeiter, die feiern, bis zum 7. Mai auszusperren.“

Am Nachmittag schwoll die Schar der Feiernenden riesig an, so daß die drei Riesenlokale Wintergarten-Konzerthaus, Bahnenwalder Turm und Lindenhof kaum unbesetzte Plätze aufwiesen. In diesen drei Lokalen fanden die Abendfeiern statt. Die gewaltigen Massen, die hier nach Schluß der Arbeitszeit zusammenströmten, sind auch nicht annähernd zu schätzen. Die Festredner der Abendversammlungen im Wintergarten und Bahnenwalder Turm sprachen vor riesigen Massen eng zusammengedrängter Menschen. Lojender Beifall ertönte den Rednern entgegen, als sie diese gewaltige Maidemonstration als eine Bürgerpflicht für den Sieg der Arbeiterklasse am 22. Juni, dem Tage der Erntewahl für Heinrich Reiter, bezeichneten. Die Versammlung im Lindenhof wurde durch die Polizei gestört. Der überwachende Beamte verlangte ganz grundlos im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde Räumung der großen, bis auf den letzten Platz gefüllten Galerien. Das auszuführen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Trotzdem bestand er Beamte auf seinem Verlangen, und um der Polizei nicht noch einen Triumph zu gönnen, verzichtete man auf die Rede des Genossen Paul. Dem über alle Mahen glänzenden 1. Mai wird in Hannover auch der 22. Juni folgen als ein Ehrentag in der Geschichte der hannoverschen Arbeiterklasse.

Auch in Hildesheim hat die Maifeier einen guten Verlauf genommen. Zum ersten Male fand eine Frühversammlung statt, um festzustellen, wie viele Arbeiter die Arbeit ruhen ließen. Über 300 Arbeiter beteiligten sich, aller Schmarzherei zum Trost, daran. Nachmittags versammelten sich die Festteilnehmer in der reizend gelegenen „Vodemühle“. Leider mußte hier die Feier infolge eines Gewitters, das mit schweren Hagelschauern verbunden war, vorzeitig abgebrochen werden. Abends fand eine große Festversammlung statt, in der Genosse Kausch-Vimmer rebete.

### Rheinland-Westfalen.

In Köln fand die Feier unter bisher nie erlebter Beteiligung statt. Leider war man infolge des Verhaltens der Kölner Polizei nicht imstande, die Feiernenden zu zählen. Denn die im Volksparke Platz fanden, waren nur ein geringer Teil derjenigen, die den Tag durch Arbeitsruhe feierten. In früheren Jahren schon beteiligten sich an dem Nachmittagsparadeprozess mehrere Tausende. Diesmal werden es ohne Zweifel an die 7000 bis 8000 gewesen sein. Aber die Polizei hat diese Zählung verhindert. Sie hatte zuerst den zwingenden Spaziergang, der seit fünfzehn Jahren in Köln ungebunden stattgefunden hat, für einen „öffentlichen Aufzug“ erklärt und verboten, weil er nicht genehmigt sei. Als dann die Kommission um die Genehmigung einkam, wurde sie ihr verweigert, weil bei Statfinden des Spazierganges die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährdet sei. Mit einer stereotypen Phrase setzt die Polizei sich über die Tatsache hinweg, daß ein und halbes Jahrzehnt dieser Spaziergang stattgefunden hat, ohne daß „Ordnung und Sicherheit“ auch nur im allermindesten gestört worden wären. Inbes das Verbot, der Umstand, daß die Polizei das Ansetzen der Maipaläste verbot, hat die Kölner Maifeier nicht beeinträchtigt. Alle zehn Versammlungen, die in Köln und den Vororten stattfanden, waren besuchvoll. Und in allen herrschte eine Begeisterung für die hohen Ideale des Sozialismus, für die Kulturforderungen des 1. Mai, die der Steigerung durch die Willkür der Polizei wirklich nicht bedürftig hätte. Im übrigen sind unsere Kölner Genossen nicht geblieben, stillschweigend sich ihres guten Rechtes berauben zu lassen. Sie werden sich mit dem Verhalten der Polizeibehörde noch in breiterster Öffentlichkeit befassen.

In Arefeld war die Arbeitsruhe bei den Bauarbeitern, im Verhältnis zu den anderen Berufen, ziemlich durchgefallen, eine Vormittagsversammlung war sehr stark besucht, im Gegensatz zu früheren Jahren, wo der Besuch mangelhaft war, so daß im vorigen Jahre sogar die Vormittagsversammlung unterließ.

Die Abendfestlichkeit, die im größten Lokale der Stadt stattfand, hatte einen gewaltigen Besuch aufzuweisen. Die Vorkommisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in der letzten Zeit haben auch die Arbeiter in dem äußersten Teil des Niederrheins etwas aufgereizt. War es den Genossen in dem Kreise Kempen auch nicht möglich, am 1. Mai eine öffentliche Versammlung abzuhalten, weil ihnen kein einziges Lokal zur Verfügung stand, so vereinigen sie sich doch an dem Abend in privaten Zirkeln, um so den Solidaritätsgedanken, der an diesem Tage alle Arbeiter der Welt wie ein Band umschlingt, zum Ausdruck zu bringen.

Besser gestellt sind in der Lokalfrage die Genossen des Kreises M.-Gladbach; es fanden denn auch in den Orten M.-Gladbach und Bierfen öffentliche Veranstaltungen statt, die sehr gut besucht waren. Während in Bierfen von Arbeitsruhe noch fast keine Rede sein konnte, hatte in M.-Gladbach eine große Anzahl Genossen die Arbeit eingestellt. Die Spinner und Anseher einer größeren Spinnerei feierten sämtlich, und eine auf nachmittags 2 1/2 Uhr einberufene Versammlung war gut besucht. Die Abendfestlichkeit wies ein überfülltes Lokal auf.

Der diesjährige erste Mai hat gezeigt, daß es auch in der schwärzesten Ecke Deutschlands vorwärts geht.

Im sächsischen Westfalen und den lippschen Fürstentümern nahm die Feier einen prächtigen Verlauf. Ausflüge am Vor- und Nachmittags wurden in Bielefeld, Herford, Bünde, Minden und Detmold veranstaltet. In Bielefeld beteiligten sich 450 Personen — gegen die früheren Jahre ein Fortschritt. Die Veranstaltungen am Abend, die vornehmlich in der Abhaltung von Versammlungen bestanden, erfreuten sich eines großartigen Besuches. In Bielefeld und nächster Umgebung waren neun Lokale überfüllt, mindestens 10 000 Personen waren versammelt. Ebenfalls große Beteiligung zeigte sich in Bünde, Herford, Bünde, Minden, Rheine, Detmold, Lemgo, Derlinghausen und Salzkufen. Außerdem fanden in einer Anzahl kleinerer Orte, in denen Versammlungslöcher nicht zur Verfügung standen, Zusammenkünfte der Parteigenossen statt. — Auch in der preussischen Westsee marschiert der Maigedanke!

### Provinz Sachsen.

Die Arbeitsruhe in Halle war in diesem Jahre größer als in den früheren. Die beiden Frühversammlungen waren überfüllt. In acht Maschinenfabriken ruhte die Arbeit gänzlich. Ferner feierten etwa 600 Maurer, 150 Tischler usw. Die Demonstrationen, etwa 3000 Personen, begaben sich nach den Frühversammlungen in den großen Volkspark. Als die Teilnehmer die Versammlungslöcher verließen, erlaubte sich die wohlwollende Polizei, die Versammlungsbesucher wie Kinder zu behandeln. Nur in Gruppen von etwa 15 Personen und nach einem Abstand von 70 Schritten wurden die Versammlungsteilnehmer durch eine Schutzmannskette gelassen. Natürlich eregte die Ausperrung, die auch auf der Straße

vor dem Markt unternommen wurde, böses Blut, aber die gehobene Maifestimmung und die Disziplin ließen es nicht zu Ruhestörungen kommen.

Soweit sich am Abend des 1. Mai feststellen ließ, sind auch die Demonstrationen der Feiernenden in der Umgebung von Halle und in den Nachbarorten ohne Störungen verlaufen. Besonders stark besucht waren die Versammlungen im Streikrevier.

In Zeitz beteiligten sich am Auszug 3000 Personen, und die acht Versammlungen, die des Abends im Orte selbst und der Umgebung stattfanden, waren sämtlich vorzüglich besucht.

### Königreich Sachsen.

In Leipzig war die Beteiligung stärker als im Vorjahre. Einzelne Industrien standen fast vollständig still, so die Holzindustrie. In den Vormittagsstunden zogen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Trüpp nach den fünf größten Versammlungslöcher: Sanssouci, Volkshaus, Felsenkeller, Schloßkeller und Schillerkloster. Die Säle konnten die Menschenmassen nicht fassen, Tausende mußten in den anderen Wirtschaftsräumen der genannten Etablissements den Schluß der Versammlungen um 12 Uhr abwarten. Dann ging es gemeinschaftlich nach dem Sammelpunkt: dem herrlichen König Albert-Park.

Um 1/2 Uhr trafen hier die etwa 15 000 Teilnehmer starken Zuge zusammen und nun ging es im losen Zuge, der oft die ganze Breite der Straße einnahm, nach dem herrlich geschmückten Festsaal und dem Festplatz im Brauereigarten in Stötteritz.

War die Teilnehmerzahl des Zuges mindestens 15 000 beim Abmarsch im Albert-Park, so verdoppelte sie sich auf dem Festplatz.

In der Halle wie auf dem Festplatz war Instrumentalkonzert. Der Gesang von Männerchören war wie seit einigen Jahren auch diesmal wieder verboten worden, was der Stimmung aber durchaus keinen Eintrag tat.

Die Metallindustriellen wie die Holzindustriellen kündigten „ihren“ Arbeitern die Ausperrung an. Die Antwort der Holzarbeiter war die vollständige Arbeitsruhe in allen großen Betrieben, außer in der Jubiläumsarbeiterhütte, der Pianofortefabrik von J. Blüthner. Circa 2700 Holzarbeiter nahmen an der Demonstration teil.

Um 4 Uhr nachmittags hielt der Genosse Hünich die Festrede in der Halle. Tausende von Besuchern hielten diese schon von Mittag an besetzt. Die weitere Feier verlief würdig und imposant.

Im sächsischen Mansfelder, in Chemnitz, nahmen an dem polizeilich gestatteten „Zuge in losen Gruppen“ von den Sammelpunkten der einzelnen Bezirke nach dem Volkshause (Kolozeum) um 1/10 Uhr insgesamt 2000 Personen teil. Die Polizei ließ sich vernünftigerweise nicht sehen. Die Versammlung verlief insofern, zum Schluß sangen die Anwesenden stehend die Marxlied. Nachmittags fanden ebenfalls im Kolozeum Konzert und Volksbelustigung statt. Zu Tausenden kam Jung und Alt herangezogen, denn es hatten für den Nachmittag eine ganze Reihe Betriebe geschlossen. Reichlich 3000 Personen dürften den Nachmittagsveranstaltungen beigewohnt haben. Am Abend fanden nicht weniger als 14 Veranstaltungen für den 16. Wahlkreis statt und in dem Bereiche des Chemnitzer Agitationskomitees 60 solcher. Wobei nicht eingeschlossen ist der 17. Wahlkreis. Bis hinaus in die äußersten Ecken des Erzgebirges eilten die bekannteren Parteigenossen, um die Maifestbotschaft zu verkünden. Am Vormittage hatten in den meisten größeren Orten des Gebirges Spaziergänge, in einzelnen auch Versammlungen stattgefunden. Überall fanden die Reden begeistertsten Widerhall. Für Chemnitz und das Erzgebirge hat sich gezeigt, daß die Maifeier nicht im Abflauen begriffen ist, wohl aber greift sie um sich, bricht sich Bahn in weite Kreise und erfährt das Volk mit unwiderstehlicher Gewalt. Mag die bürgerliche Klasse feiern: Auch das Proletariat des Erzgebirges marschiert!

In Joidau setzte die Feier vormittags 11 Uhr mit einer imposanten Festversammlung ein, zu der sich nahezu 1000 Genossen und Genossinnen eingefunden hatten. Die Festrede hielt Genosse Busch-Berlin. Nachmittags ergötzte man sich durch einen Ausflug nach dem nahen Feldschlösschen in Pöhlau, abends wurden in vier Lokalen Kommerse mit dem Tage entsprechendem Programm abgehalten. Die diesjährige Maifeier zeigte stärkere Beteiligung als alle ihre Vorgängerinnen; ein deutlicher Beweis, daß es auch im Bezirk Joidau vorwärts geht trotz alledem.

In Dresden nahm die Feier einen „großartigen“ Verlauf. Die Beteiligung war bedeutend stärker als in früheren Jahren. Am Vormittag fanden in acht großen Lokalen Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht, zum Teil überfüllt waren. Die ausgesperrten Metallarbeiter hatten eine besondere Versammlung im großen Saale des Kristallpalastes veranstaltet, die überfüllt war. Gegen 1 Uhr versammelten sich die demonstrierenden Arbeiter auf dem Schützenplatze, wo sie Aufstellung zum Zuge nach dem Sileschen Bade, dem größten Gartenmetallbetrieb von Dresden nahmen. Gegen 1/2 Uhr war der große Platz dicht mit Menschen gefüllt. Den polizeilichen Vorschriften gemäß wurden die feiernden Genossen in Trüpp von 100 bis 150 Personen abgelassen, wobei immer einige Meter Raum zwischen den einzelnen Trüpp bleiben mußten. Der Zug bewegte sich über die Marienbrücke, den Kaiser Wilhelm- und Albertplatz, die Baugartenstraße entlang nach dem genannten Etablissement, wo die Ersten um 1/3 Uhr eintrafen. 150 Radfahrer führten in Ordnung den Massen voraus; der Vorbeimarsch des Zuges, der von 300 Ordnern dirigiert wurde, währte genau eine Stunde. 15 000 Personen haben sich beteiligt; ein Teil der in den Vororten wohnenden Arbeiter begab sich aber direkt nach dem Festplatze. Dieser konnte trotz seiner riesigen Ausdehnung nur die Hälfte der Massen fassen; schon um 3 Uhr war er überfüllt und die Menge stand dicht gedrängt. Die Ordner mußten, um das Gedränge nicht lebensgefährlich werden zu lassen, sämtliche Eingänge zum Festplatz sperren und die Menge nach dem Griebnitzbad und dem Etablissement Volkshaus weisen, wo in kurzer Zeit Tausende die Räume und Gärten füllten. Die Zahl der Demonstrierenden hat sicher 20 000 betragen, die Polizei hatte unseren Ordnern alles überlassen; nirgends ließ sich ein Polizist in Uniform sehen, dagegen waren einige Polizeibeamte in Zivil zu bemerken. Am Abend fanden in Dresden und Umgebung in mehr als 30 Lokalen Kommerse mit Ansprachen statt. Der Besuch war überall ein sehr guter, vielfach konnten die Lokale die andrängenden Menschenmassen nicht fassen. Es war die imposanteste Maifeier aller Jahre.

Die Genossen im Plauenischen Grunde unternahmen einen Umzug mit Musikbegleitung. Auch den Genossen des 8. (Vierner) Wahlkreises und den Weizenern war ein Umzug mit Musikbegleitung gestattet worden. Die Beteiligung der feiernden Arbeiter war überall eine sehr starke.

### Thüringen.

In den Thüringischen Staaten sind die geplanten Mai-Festzüge teilweise verboten worden, z. B. in Schwarzburg-Rudolstadt und Sachsen-Weimar. Aus letzterem wird uns gemeldet: Die Regierung hat wieder das Bedürfnis gehabt, zur Maifeier von ihrer wachsenden Tätigkeit Kunde zu geben. Die Gemeindevorstände wurden veranlaßt, nach folgender Befestimmung zu handeln: „Mit Rücksicht auf die am 1. Mai er. geplante sogenannte Maifeier werden für diesen Tag Festzüge mit oder ohne Musik, sowie zur Maifeier bestimmte Veranstaltungen (einschließlich Volksansammlungen) auf Plätzen und Straßen oberbehördlicher Anordnung zufolge im Interesse öffentlicher Sicherheit, Ruhe und Ordnung hiermit polizeilich verboten. Zuwiderhandlungen sind strafbar.“

Die Arbeiter aller größeren Orte des ganzen Landes haben aber dafür gesorgt, daß die sogenannte Maifeier doch stattfand. Oera. (Privatbeilage des „Vorwärts“.) An der Vormittagsversammlung nahmen 750 Arbeiter teil. Zum größten Teil bestanden diese Feiernenden aus Metall-, Holz-, Bau- und Porzellanarbeitern. Des Nachmittags feierten auch die Brauer. Abends fanden 10 starkbesuchte Versammlungen statt. 50 Holzarbeiter sind von den Unternehmern auf einen Tag ausgesperrt.

Die Stadt ist mit Truppen vollgepfropft. In der Maschinenhalle der Ausstellung sind 14 Schwadronen Kavallerie untergebracht. Im 7. und 8. Arrondissement hat die Militärbehörde vom Requisitionrecht Gebrauch gemacht. Geschäftsräume dienen den Mannschaften als Quartier, für die Offiziere wurden größere Privatwohnungen in Anspruch genommen. Die Quartiere um die Arbeitshörse beherbergen mehrere Brigaden. Von dort soll nämlich die „Revolution“ ausgehen! Die Lebensmittelhändler machen glänzende Geschäfte. Rauche haben bis tief in die Nacht hinein geöffnet. In diesen Tagen sind unübersehbare Mengen von Konserven veräußert worden. Die hiesigen Geschäftsleute tun natürlich ihr Möglichstes, um das Publikum an den Generalstreik mit begleitender Hungersnot glauben zu machen. In der ganzen Stadt sind die Hausfrauen tiefunglücklich, weil gutes Gemüse überhaupt nicht zu haben ist; denn die Militärverwaltung hat die Stände in den Markthallen lahl gekauft.

Paris ist also für die Revolution wohl präpariert. Es wäre von dieser wirklich gar nicht nett, wenn sie nun unterbleiben wollte. Man hat ihre Schrecknisse mit allen Details ausgemalt. Die Keiglinge von Montmartre wissen ganz genau, daß die Basilika von Sacré Coeur unterminiert ist und in die Luft fliegen wird. Eine Zeitung hat es erzählt, daß in den Geheimarchiven der Arbeiterlohnkassendation schon das Personenverzeichnis der revolutionären Regierung bereit liegt! Besonders gut bewacht ist das Elysée, damit man Herrn Fallières nicht entführe. Man stelle sich nur vor, daß aus allem dem nichts wird und der 1. Mai ohne Blut, Brand und Explosion verläuft. Daß die Gewerkschaften friedlich, aber energisch für den Achtstundentag demonstrieren und die reaktionären wie die republikanischen Spekulanten des Schreckens sich blamieren! Ob nicht nachher die Masse der hafenfüchtigen Kleinbürger ärgerlich werden wird über den frechen Humbug, dem sie zum Opfer gefallen ist?

Noch stehen wir freilich im Zeichen der Gräueltätigkeit. Haben wir doch sogar ein regelrechtes Sprengstoffattentat zu verzeichnen, ein Attentat, bei dessen Beschreibung das Wörtchen „beinahe“ eine große Rolle gespielt. „Beinahe“ wäre die Eisenbahnbrücke von Argenteuil in die Luft geflogen, „beinahe“ wäre ein Auswandererzug das Opfer der Explosion geworden, beinahe . . . . Tatsächlich aber ist der Schaden, den die Höllenmaschine angerichtet hat, so gering, daß nicht einmal das Gleise zerstückt wurde! Der Zugverkehr hat gar keine Unterbrechung erlitten. Die Sachverständigen sagen, daß die Brücke verloren gewesen wäre, wenn die Bombe 80 Centimeter weiter gelegt worden wäre, und sie folgern daraus, daß der Attentäter mit dem Umgang mit Explosivstoffen nicht vertraut gewesen sein könne. Andere Leute schließen gerade das Gegenteil daraus und meinen, das Attentat sei von Anfang an auf eine lediglich „moralische“ Wirkung angelegt gewesen. —

Aus der Fülle der Telegramme können wir vorerst nur die wichtigsten herausheben. Zuoberst folgendes Privattelegramm:

Paris, 1. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Versammlung in der Arbeitshörse mahnten alle Redner zur Ruhe. Nur zwei ernstere Zusammenstöße fanden statt und zwar am Dönbahnhof und auf dem Boulevard du Temple. Tagsüber sollen 687 Verhaftungen vorgenommen worden sein. Sämtliche Ausländer wurden ausgewiesen, darunter 71 russische Juden. Die Arbeitshörse ist heute allgemein. Es sieht ein Streik der 25 000 Wagenbauer bevor.

(Aus einem Herold-Telegramm geht hervor, daß von den Verhaftungen nur 100 aufrecht erhalten wurden.)

Am Vorabend der Mäifeier trug sich in der Arbeitshörse ein merkwürdiges Ereignis zu. Wir behalten uns vor, Genaueres festzustellen. Einweilen geben wir den Vorfälle in der offiziellen Vorstellung des Wolffischen Bureaus:

Paris, 1. Mai. Gestern abend betrat der Infanterieleutnant Tisserand lange in seldarmatmäßigem Anzuge den Streifsaal in der Arbeitshörse und hielt vor 1500 Mitgliedern der Vereinigung der Syndikate eine Ansprache, in der er die Versammlung bat, am 1. Mai keine Kundgebung zu veranstalten und erklärte, daß er Sozialist sei. Er führte unter anderem aus, daß er Sozialist infolge der Pladereien geworden sei, unter denen die republikanischen Offiziere zu leiden hätten. In Beantwortung der Frage, was er tun würde, wenn ihm der Befehl erteilt würde, auf das Volk zu schießen, empfahl er den Arbeitern, die Ruhe zu bewahren und einen Zusammenstoß zu vermeiden. Was ihn andertrefte, so würde er nicht das Blut seiner Brüder vergießen lassen, und diese Meinung werde von vielen seiner Kameraden geteilt. Er würde sich energisch weigern, „Feuer“ zu kommandieren. Beim Verlassen des Saales wurden ihm von den Anwesenden Ovationen dargebracht und dann wurde er verhaftet.

Im Anschluß daran geben wir folgende interessante „Herold“-Depesche:

Paris. Das Blatt „Radikal“ veröffentlicht eine Meldung, wonach zwei Soldaten des ersten Bataillons des 21. Infanterieregiments in Landes, welche nach Paris beordert worden waren, um die dortige Garnison zu verstärken, sich geweigert haben, diesem Befehl nachzukommen.

Ueber den vorläufigen Abschluß der Vorgänge liegen schließlich noch folgende Depeschen vor:

Paris, 1. Mai. (B. V. B.) Am Mittwochabend waren die Außerordnungen beendet und die Truppen wurden zurückgezogen. Dem Polizeibericht zufolge wurden im Laufe des Tages über 2000 Personen verhaftet, davon wurden 685 in Gewahrsam gehalten, sie werden morgen vor das Justizpolizeigericht gestellt werden. An dem Krawall nahmen nur wenig Arbeiter teil, die Ausschreuer bestanden zum Teil aus der Herde des Sozialistens. Sämtliche verhaftete Ausländer werden bereits morgen ausgewiesen werden. Man sieht mit einiger Besorgnis dem morgigen Tage entgegen, da mehrere große Arbeiterkundgebungen, so das 20 000 Mitglieder zählende Syndikat der Wagenbauer, für morgen den Gesamtzustand beschlossen haben und Kundgebungen für den Achtstundentag veranstalten wollen.

Paris, 2. Mai. (B. V. B.) Der Abend und die Nacht sind ebenfalls verhältnismäßig ruhig verlaufen. Bereits um 11 Uhr konnten die Wachposten eingezogen werden und die Truppen in ihre Kasernen zurückkehren. Die Gesamtzahl der dargekommenen Verhaftungen beläuft sich auf 685. Circa 250 Personen sind verlegt, der größte Teil derselben natürlich nur leicht. Die Hauptereignisse spielten sich in der Fontaine-Strasse und im Faubourg du Temple ab, wo ein Straßenbahnwagen umgestürzt und mehrere Wagen der Zahnradbahn zertrümmert wurden. Die Polizei gibt bekannt, daß im 14. Wahlbezirk eine Bombe aufgefunden worden ist. Sie lag auf dem Gleise der Straßenbahn Mableine-Auteuil, explodierte dort, richtete aber nur Materialschaden an. Außerdem wurden in verschiedenen anderen Bezirken Bomben aufgefunden, von denen es aber noch nicht feststeht, ob sie gefährlicher Natur waren. Unter den Verhafteten befinden sich etwa 20 Ausländer, gegen die Ausweisungsbefehle erlassen werden. Im Ministerium des Innern erklärt man, daß es auch in St. Etienne, Marseille sowie in den Städten des Norddepartements zu ernstlichen Zwischenfällen nicht gekommen ist.

Aus der Provinz wird von leichten Zusammenstößen in Orléans und Lyon gemeldet.

sonderle, ebenfalls sehr stark besuchte Versammlungen ab. Da die völlige Arbeitshörse am 1. Mai immer mehr zunimmt und da somit, wie es sich geäußert, das Hauptgewicht auf die vormittags stattfindenden Versammlungen gelegt werden kann, wurde die Zahl der Abendversammlungen auf drei vermindert, die sich aber gleichfalls einer stätlichen Besucherzahl zu erfreuen hatten. Am Nachmittag fand ein von zweifelhaftem Wetter freilich etwas beeinträchtigter Ausflug nach Holzappelstreu statt. — Daß die Arbeiter der Meißner überdrüssig wären, davon kann auch in München keine Rede sein.

**Bayern.** Die Meißner fand hier im Zeichen der Ausbreitung statt. Die Unternehmer im Baugewerbe haben auf einem großen städtischen Schulhausbau die Maurer und Hilfsarbeiter, die den Jehnstantag forderten, wenige Tage vor dem 1. Mai einfach auf Pfahle getrieben, um so ihren Teil, wenn auch ungewollt, zur Meißner beizutragen. Noch nie war die Beteiligung eine solche stark, wie diesmal. Zum ersten Male war es den hiesigen Genossen ermöglicht, vormittags eine Versammlung abzuhalten. Sie war über Erwarten sehr stark besucht. Einstimmig wurde die bekannte Resolution angenommen. Auch die Nachmittagsveranstaltungen waren massenhaft besucht. Der Abendfeier, die im größten Saale der Stadt abgehalten wurde, strömten die Textilstaven, denen am Tage die Möglichkeit genommen, in Klassen zu.

Auch in den übrigen Orten des Wahlkreises, wo Veranstaltungen arrangiert waren, so in Neubau, Seib, Oberlappau, Schwarzengrund a. S., Mänchberg und Helmbröckel war der Besuch ein überaus harter und erbrachte den Beweis, daß auch den oberfränkischen Arbeitern die Meißner ins Blut übergegangen ist.

**Bayern, S. G.** Gewaltig, wie in keinem Jahre zuvor, gestaltete sich hier die Maidemonstration. Ungefähr 60 Proz. der hiesigen Arbeiterchaft protestierten an ihrem selbstgeschaffenen Feiertage — trotz aller Unternehmerrschikanen und Ausbrechungsdrohungen — durch Arbeitshörse. An der Nachmittagsfeier beteiligte sich eine 3500 bis 4000 köpfige Menschenmenge, die sich in langem Zuge dem Waldrestaurant Herthaus zu bewegte.

### Württemberg.

Die Meißner in Stuttgart nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Am Vormittag fanden vier vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlungen statt, die insgesamt von etwa 3500 Arbeitern besucht waren und in vorzüglicher Stimmung verliefen.

Am Nachmittag um 3 Uhr begann der Festzug, der etwa 10 000 Teilnehmer zählte. Die stärksten Gruppen waren die Metallarbeiter (zirka 1500) und die Holzarbeiter (zirka 1200). Der Zug bewegte sich in vorzüglicher Anordnung mit seinen zahllosen Fahnen und Standarten und fünf Musikkapellen durch die belebtesten Straßen der Stadt und erreichte überall großes Aufsehen.

Am Abend fanden drei von der Parteiorganisation veranstaltete Feiern im Festsaale der Niederhalle, im Comptroller Kursaal und in der Unterriedheimer Sängersäle statt, in welchen noch den Festreden von Massenchorern passende Lieder vorgetragen wurden. Die drei Abendfeiern waren von etwa 5000 Personen besucht.

Der diesjährige Verlauf der Stuttgarter Meißner muß als in jeder Beziehung zufriedenstellend bezeichnet werden und sie wird zweifellos ihre anregende Wirkung auf die Bewegung nicht verfehlen.

In Göppingen begann die Meißner bereits in der Frühe um 8 Uhr durch ein allgemeines Meißnerblasen. Mittags fand ein Festzug mit daran anschließender Festversammlung auf der Gartenhöhe statt.

In Gmünd sammelte sich die Arbeiterchaft abends 7 Uhr und marschierte auf die Wilhelmshöhe, wo die Festversammlung stattfand.

In Göttingen war bereits um 1/6 Uhr früh Meißnerblasen. Mittags führte ein Festzug die Feienden nach Sulzgrub.

### Elfaß.

Mühlhausen, den 1. Mai. (Privattelegramm.) Am Vormittag fanden zwei außerordentliche Versammlungen statt, dem sich ein Ausflug anschloß. Die Abendversammlung war von etwa 1000 Personen besucht.

### Die Meißner in Oesterreich.

Aus Wien wird und telegraphiert: Oesterreich und insbesondere Wien hat heute die großartigste Meißner erlebt, seitdem das internationale Proletariat das Fest der Mäi feiert. Sie stand ganz im Zeichen des Wahlrechtskampfes, und die bedeutungsvolle Wendung in der inneren Politik drückte ihr das Gepräge auf. Gestern war bekannt geworden, daß die Wahlreformregierung Goutsch ihre Demission gegeben und daß insbesondere die eigentlichen Wahlreformminister, Baron Goutsch und Graf Reglarth-Rheidt, aus dem Amte scheiden werden. Zum Ministerpräsidenten ist der vorgängige Statthalter Prinz Hohenlohe-Schillingfürst aussersehen (Beiläufig: ein Neffe des ehemaligen Reichskanzlers des Deutschen Reiches und Sohn des gewesenen Oberhofmeisters des Kaisers von Oesterreich), ein vergleichsweise junger Mann (er steht im 43. Lebensjahre), der den Ruf eines Mannes von besonders freisinniger, dabei freundlicher, gerabezu demokratischer Gesinnung genießt und sicherlich von allen österreichischen Beamtenpolitikern die Vorstellung eines Anhängers der Wahlreform am ehesten erweckt. Seine Berufung, die Baron Goutsch selbst vorgeschlagen haben soll, beweist, daß die Krone an der Wahlreform festhält — doch ist das Problem nicht mehr, was die Krone und ihre Regierung will, sondern was sie kann — ob sie imstande ist, die energischen Mittel anzuwenden, um die rebellische Schicht zu bändigen, um die düstelhafte Adelsrevolte niederzuschlagen. Das ist nicht so leicht und keineswegs ein Verlangen auch nur gegen die Schablone des Konstitutionalismus, als es den Anschein hat: denn dieser Adel sitzt im Parlamente nicht kraft der Wahl, sondern auf Grund eines vom Hofe verliehenen und zu Diensten des Hofes geschaffenen Privilegs. Der Arbeiterchaft aber steht im Augenblicke die doppelte Aufgabe zu, einerseits den Gegnern keine Vorwände gegen die Wahlreform zu liefern, andernteils über eine schlagbereite und keinen Kampf scheuende Entschlossenheit des Proletariats keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Unter diesem Zeichen stand die Meißner in Oesterreich. Sie sollte absolut ruhig und würdig verlaufen, jedoch in ihrer Würde und Macht sicher die Stimmung in der Arbeiterchaft Oesterreichs zum Ausdruck bringen.

In Wien zogen heute gut hunderttausend Menschen in den Prater. Vormittags wurde in zahlreichen Volks- und Wanderversammlungen gesprochen und, wie es sich in der Hauptstadt des vielsprachigen Oesterreich ergibt, in vielen Sprachen. Deutsch, czechisch, polnisch, ruthenisch und ungarisch: in allen Sprachen erklang die Mahnung an die Arbeiter, bereit zu sein. Nachmittags fand dann der traditionelle Zug in den Prater statt, der diesmal fast eine Stunde länger währte wie im vorigen Jahre. Ausnahmeweise wurde abends aus dem Prater in prachtvoller Weise ausmarschiert — obwohl das klare Frühlingswetter zum Weiben in dem mächtigen Park einlud. In Zwischenpausen gab es in allen Standquartieren das lebhafteste, interessante Treiben, das der Wiener Meißner eines so eigenartigen Reiz verleiht. Zeitungen sind heute nachmittags natürlich nicht erschienen; auch morgen früh gibt es keine, da alles Seeyerpersonal selbstverständlich mitfeiert. Nach den vorliegenden Berichten ist niemandem ein Zwischenfall zu verzeichnen; die Behörden scheinen den Auftrag, sich jedweder Behelligungen zu enthalten, ausnahmsweise berücksichtigt zu haben. Auch in der Provinz, insbesondere in der Bukowina und in Galizien, ist die Feier glänzend verlaufen; die telegraphischen Nachrichten stimmen darin überein, daß auf allen Punkten ein würdiges Aufkommen zu bemerken ist. Der Tag bürgt dafür, daß die Wahlreform nicht verloren gehen wird.

Inferantenial verand.: H. Glock, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

In Jena konnten die Morgenausflüge programmgemäß durchgeführt werden. An dem Auszuge des Metallarbeiterverbandes nach dem Jenzig nahmen über 100 Personen teil, die dann gegen 10 Uhr je zwei und zwei durch die Stadt über den Marktplatz nach dem Volkshaus zogen, ohne angehalten zu werden. Die Vormittagsversammlung sollte ursprünglich im kleinen Saale des Volkshauses abgehalten werden. Derselbe erwies sich aber als zu klein, da von der Firma Jenzig allein 380 Arbeiter feierten. Im ganzen nahmen etwa 500 Personen an der Vormittagsversammlung teilgenommen haben. Die von der Generalcommission und dem Parteivorstand überandete Resolution, in der Wahlrechtsfrage auf die sachsen-weimariischen Verhältnisse zugeschnitten, wurde einstimmig angenommen.

Nachmittags fand eine Feier auf der Sophienhöhe statt. Ungefähr 1000 Personen nahmen daran teil. Am Abend wanderten sie wieder zu Tafe, viele auf Wenigenjenerer Seite an dem „Vereinshaus Solidarität“ vorüber, wo hoch vom Turm schon vom frühen Morgen an eine rote Fahne flatterte. Vergeblich hatte die Wenigenjenerer Polizei die Einziehung des „revolutionären Abzeichens“ verlangt.

Auch in Mühlhausen (i. Thür.) war die Beteiligung weit stärker als in früheren Jahren. Zum erstenmal feierten viele Betriebe, darunter auch einige Textilfabriken, durch Arbeitshörse. In acht dichtgefüllten Straßenbahnwagen fuhr morgens um 7 Uhr die Feienden zur Endstation der Elektrischen, in den Stadtwald, und marschierten von dort in einem stätlichen Zuge nach dem in der Nähe gelegenen Waldschloßchen. Mittags wurde zurück in die Stadt gefahren und die im Gewerkschaftshaus tagende Demonstration versammelt. In dieser Versammlung fanden sich in großer Zahl auch die Arbeiter ein, denen es nicht möglich war, zu feiern. Die Mäiresolution fand einstimmige Annahme. Nachmittags fanden sich die Arbeiterfamilien in dem geräumigen Garten des Gewerkschaftshauses zusammen und des Abends fand eine starkbesuchte Festversammlung statt. Die Stimmung war vorzüglich.

Außerdem fanden in Eisenach, Weimar, Greiz und Zeulenroda Nachmittagsfeiern und gutbesuchte Abendversammlungen statt. In Eisenach stellten etwa 1000 Arbeiter für den Nachmittag ihre Arbeit ein.

### Braunschweig.

Die Meißner in Braunschweig wies eine Beteiligung auf, wie noch niemals zuvor. An dem Auszuge morgens beteiligten sich über 8000 Personen. Die beiden Versammlungen mittags im „Hofjäger“ und Gewerkschaftshaus waren massenhaft besucht. An Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Gen. Wlos sprachen Friedrich und Kymann. Die Resolution wurde überall angenommen. Nachmittags fanden Familienfeiern in vier Lokalen statt, die überfüllt waren. Die Arbeiterstraße war eine weit stärkere als sonst. Die Unternehmer in der Metallindustrie, welche seit drei Wochen ihre Arbeiter ausgesperrt haben, hatten die Lehrlinge und „nützlichen Elemente“ gegen Bezahlung für den Tag von der Arbeit beurlaubt, „um Leiden zu vermeiden“. Die Polizei, die alles bis zum Nachtwächter herab aufgeboten hatte und teilweise mit Revolvern bewaffnet war, suchte nach Möglichkeit das Eindringen geschlossener Mäie in das Innere der Stadt zu verhindern, was ihr aber nicht immer gelang. Weitere Meißner fanden noch in Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzginden, Zorge a. S. usw. statt.

### Hessen.

In der Residenz des „roten Großherzogs“ tobt der Stichwahlkampf, der bis zum Freitag noch andauern wird. Mit ihm vermengt sich in diesem Jahre die Festfeier zum Bestfeiertage, und hinter dieser doppelten Steigerung der Kampflust steht als finstere Gewitterwolke die drohende Aussperrung von 16 000 Metallarbeitern des Rhein-Raingegebietes. Die Umgebung des im Kampfe stehenden Wahlkreises erlebt den Krieg in allen Höfen mit, denn auch ihre Sache wird dort entschieden. Unter diesem Zeichen steht die diesjährige Meißner, die durchweg einen guten Verlauf nahm. Leider ist die Arbeitshörse noch nicht in dem erwünschten Maße durchgeführt, weshalb das Hauptgewicht auf möglichst impotante Abendversammlungen gelegt werden mußte. In Mainz fand eine von zirka 300 Feienden besuchte Vormittagsversammlung statt, in einer Anzahl von Orten wurden im Laufe des Tages stätliche Ausflüge veranstaltet; soweit Meldungen vorliegen, geschah dies in Darmstadt, wo auch eine gut besuchte Vormittagsversammlung stattfand. Weitere Ausflüge berichteten Worms, Lamspertheim und Oestheim. Die Abendversammlungen waren überfüllt. Die Mainzer Stadthalle zählte Tausende von Demonstranten. Weisenaus, Kassel, Trebenheim, Nembach, Jengelheim, Alzen, Worms, Biernheim, Lamspertheim, Benschheim, Erbach melden würdig verlaufene Versammlungen.

In fast vierzig Versammlungen, die auf den 30. April, 1. und 2. Mai sich beziehen, wird im Wahlkreise Darmstadt die Meißner mit dem Wahlkampf verbunden. Von überall wird berichtet, daß eine flammende Begeisterung herrscht. „Der Kreis Darmstadt muß rot bleiben und wenn eine Welt ihn uns streitig macht!“ lautet die Losung.

In Offenbach a. M. war die Beteiligung an der Meißner stärker als jemals zuvor. Nach vorausgegangenen Morgenausflügen füllte sich der große Versammlungsraum des Gewerkschaftshauses um 10 Uhr morgens sehr schnell mit den Feienden. 2000 Köpfe zählte die impotante Versammlung. Der nachmittags um 1/3 Uhr beginnende Demonstrationzug stellte ebenfalls alle seine Vorgänger in den Schatten. Eine solche Länge hatte noch kein Zug in den Vorjahren aufzuweisen. Eröffnet wurde der Zug durch mehrere Radfahrervereine, nach denen als erste Gruppe die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgte, die wieder abgelöst wurde durch die jüngere Generation, den Jugendbund. Dann folgten, unterbrochen durch Fahnengruppen und Musikchöre, die einzelnen Gewerkschaften in über 30 Gruppen, bei denen manches Berufsheim und manche Tafel mit treffendem Singspruch voranzgetragen wurde. Diesmal fiel besonders die Gruppe der Metallarbeiter durch ihre Stärke auf: das Nachgebot der Fabrikanten hatte für eine allgemeine Beteiligung an der Meißner gesorgt. Ende der Woche wird sich ja zeigen, ob nicht noch ein größerer Teil der in der Metallindustrie Tätigen zur Arbeitshörse gezwungen wird. Uebrigens war auch in verschiedenen größeren Betrieben der Metallbranche die Einstellung der Arbeit vom Personal gefordert und auch bewilligt worden, so daß außer den schon im Streik befindlichen Hornern und Gießerarbeitern auch eine große Anzahl Metallarbeiter feierten, die noch in Arbeit standen. In großer Anzahl waren auch die Schuhmacher, die Sattler, Portefeuliers, Holzarbeiter, Hilfsarbeiter und Bauarbeiter im Zuge beteiligt. Zum erstenmal beteiligte sich am Demonstrationzuge die Gruppe der Gemeindearbeiter und eine Abteilung von Frankfurter Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen. Ueber eine Stunde dauerte es, ehe der Zug nach Pöfingung einiger Hauptstrahlen im Gewerkschaftshaus endete.

Im Kreise Offenbach-Dieburg fanden 25 Versammlungen am Abend statt, in Kumpenheim noch eine Morgenversammlung. Demonstrationen wurden noch nachmittags in Bürgel, Mühlheim und Obersthausen veranstaltet. In Mühlheim ruhte zudem auf Ersuchen der Arbeiter der Betrieb der chemischen Fabrik völlig. In den verschiedenen Orten benutzten die Genossen ihre Arbeitsruhe zu Morgenausflügen.

### Bayern.

In München war die Zahl der Meißnernden weit größer, als in früheren Jahren. Auch in verschiedenen großen Fabriken ruhte wieder der Betrieb völlig. Die beiden von der Partei arrangierten Vormittagsversammlungen, von denen die eine im Kleinen Saale des Münchener Kind-Kellers, die andere in der Schwabinger Brauerei stattfand, waren außerordentlich stark besucht. In Münchener Kind-Keller war der Saal schon lange vor dem angeführten Beginn der Versammlung total überfüllt. Außerdem wurden noch vormittags wie alljährlich die Schneider und mittags die Wäcker ge-

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den